Nr. 436 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 222

Morgenausgabe

Groß-Berlin 10 Pfg.
Auswärts 15 Pfg.

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 6.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Donnerstag, den 15. September 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Markgr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Ausschaltung des Reichstags.

Die Bürgerblockregierung will den Reichstag weiter vertagen. — Ueberraschung im Aeltestenausschuß.

Der Aeltestenrat des Reichstags trat gestern zu der angekündigten Sitzung zusammen, um über den Vorschlag des Präsidenten Löbe, die Zwischentagung des Reichstags am 3. Oktober beginnen zu lassen, zu beraten. Der Reichskanzler Marx hatte jedoch dem Präsidenten mitgeteilt, daß bis zu diesem Termin weder das Reichsschulgesetz noch das Liquidationsschädengesetz noch die Besoldungsordnung soweit gediehen seien, daß diese Vorlagen vor den Reichstag kommen könnten. Mit Sicherheit wären die drei Gesetze erst am 17. Oktober für die Reichstagsberatungen fertiggestellt.

Abg. v. Guérard (Z.) erklärte, **daß er bei dieser neuen überraschenden Sachlage sich an den weiteren Beratungen des Aeltestenausschusses nicht mehr beteiligen könne, vielmehr zunächst den Vorstand seiner Fraktion befragen werde.** Er schlug deshalb Vertagung des Aeltestenrats auf Donnerstag vor.

Reichsinnenminister Dr. v. Keudell legte dar, daß die Beratungen des Reichsrats über das Schulgesetz längere Zeit in Anspruch nehmen müßten, und zwar wegen der preußischen Anträge und auch wegen der Fristen, die die übrigen Länderregierungen, mit Ausnahme von Bayern, für ihre Stellungnahme zu diesen Anträgen verlangt haben.

Die Abgg. Dittmann (Soz.) und Graf v. Westarp (Dnat.) schlossen sich dem Antrag auf Vertagung an.

Der Aeltestenrat vertagte hierauf die Beschlußfassung über den Wiederzusammentritt des Reichstags auf Donnerstag nachmittag.

*

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags nimmt seine Arbeiten am 21. September auf, während am 22. September sich der Reichshaushaltsausschuß versammeln wird, um über die Höhe der Vorschüsse auf die kommende Neuregelung der Besoldungsordnung zu beschließen.

Der Reichsrat hält seine erste Sitzung nach den Sommerferien am Donnerstag, dem 15. September, ab. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen.

Der Preußische Staatsrat tritt am 28. September wieder zusammen. Der Hauptausschuß des Landtags ist zum 26. September einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die Steuervereinheitlichung.

Die Vollsitzungen des Landtags werden am 11. Oktober wieder aufgenommen werden.

(Siehe auch 2. Seite.)

8000 neue Berliner Wohnungen.

Der Magistrat billigt den Bauvertrag. — Beim Reichsfinanzminister liegt die Entscheidung.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit:

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung dem Abschluß des Bebauungs- und Pachtvertrages mit der Bewoag, vorbehaltlich des Erlasses der Wertpapier- und Kapitalertragssteuer, zugestimmt. Der Haushaltsausschuß hat sich gestern mit derselben Frage beschäftigt und wird seine Beratungen am Donnerstag fortsetzen.

Fortschritt der Beratungen.

Der Magistrat legte gestern abend dem Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung den verbesserten Vertragsentwurf für den Abschluß der 8000 Wohnungen mit der Bewoag (der aus den sozialen Bauhütten und dem Haberland-Konzern neugebildeten Baugesellschaft) vor. Alle Bestimmungen, durch die der Charakter eines reinen Pachtvertrages beeinträchtigt werden könnte, sind nunmehr beseitigt. Außerdem ist die Zahl der Kleinwohnungen ganz beträchtlich erhöht worden: Es sollen nunmehr 3400 Wohnungen mit zwei Zimmern, Küche und Bad, 4400 Wohnungen (1000 mehr als bisher) mit drei Zimmern usw., dagegen nur 524 Wohnungen mit vier Zimmern gebaut werden. Die Vermehrung der kleineren Wohnungen erhöht den von der Stadt zur Verfügung zu stellenden Zuschuß zur Mietsenkung auf 2,84 Millionen. Der Mietpreis wird dann 66 M. für die Zweieinhalbzimmerwohnung, 100 M. für die Dreieinhalbzimmerwohnung und 150 M. für die Viereinhalbzimmerwohnung betragen, wobei die Vierzimmerwohnungen bereits zur Verbilligung der Zweizimmerwohnungen mit herangezogen sind.

Die Bewoag hat die Verpflichtung übernommen, selbst um die Befreiung von der Kapitalertragssteuer, die bekanntlich jährlich 756 000 M. betragen würde, und um die Senkung des Effektenstempels von 2 Millionen Mark auf 500 000 M. einzukommen.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses äußerten sich im allgemeinen zustimmend zu dem neuen Vertragsentwurf; eine Reihe von Einzelheiten soll noch bis zur Plenarberatung nachgeprüft werden. Die Kommunisten lehnten das Projekt auch in seiner jetzigen Form ab. Die sozialdemokratische Fraktion brachte einen Antrag ein, nach dem die Stadtverordnetenversammlung ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Vertrag erklärt unter der Bedingung, daß die Kapitalertragssteuer erlassen und der Effektenstempel auf 0,5 Proz. ermäßigt wird. Sie beantragten ferner, daß die Finanzgrundlage des Angebots noch einmal nachgeprüft werden solle mit dem Ziele, darauf fußende Verbesserungen der Vertragsbedingungen herbeizuführen. Der endgültige Vertrag soll vor seiner Unterzeichnung noch einmal dem Haushaltsausschuß vorgelegt werden.

Es ist zu erwarten, daß sich auf dieser Grundlage eine Mehrheit für den Vertrag in der Stadtverordnetenversammlung finden wird, und daß damit endlich der Anfang zu einem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm in Berlin gemacht wird. **Berlin würde dann in diesem Jahre neben den bereits aus Mitteln der Hauszinssteuer unterstützten 20 000 Wohnungen** weitere 8324 Wohnungen in diesem Jahre in Angriff nehmen.

Die Entscheidung wird dann beim Reichsfinanzministerium bzw. bei der Beratungsstelle für Auslandsanleihen liegen, die für den Erlaß der Kapitalertragssteuer zuständig sind. Die Stadt Berlin hat ein Recht, zu verlangen, daß diese Stellen in Berücksichtigung der großen Wohnungsnot der Bevölkerung in diesem Punkte das erforderliche Entgegenkommen zeigen und nicht ihrerseits das Projekt aufs neue gefährden. Die schaffenden Massen Berlins und insonderheit die wohnungslose Bevölkerung würden es schlechtersdings nicht verstehen, wenn hier bureaukratische Engherzigkeit über ihre Lebensinteressen triumphieren sollte. Mit der Verabschiedung der Vorlage darf in der heutigen Stadtverordnetenversammlung gerechnet werden.

Revolverkampf in Ravenna.

Oberfaschisten angeschossen, der Täter getötet.

Ravenna, 14. September.

Auf der Piazza Vittorio Emanuele gab ein Kommunist namens Missiroli mehrere Revolverschüsse auf eine Gruppe von Offizieren der faschistischen Miliz ab. Er verletzte den Kommandeur der 81. Legion der Miliz schwer, während der Sekretär der faschistischen Partei in Ravenna leichter verwundet wurde. Letzterer erwiderte das Feuer mit zwei Revolverschüssen, durch die Missiroli getötet wurde.

Neuer polnischer Schulraub.

In Ostoberschlesien.

Vor kurzem wurde erst gemeldet, daß Polen den Schulraub gegen die Deutschen in Ostoberschlesien entsprechend den Entscheidungen Calonders einzuschränken scheine. Jetzt wird schon wieder berichtet, daß die deutsche Minderheitenschule in Koschentin (Kreis Lublinitz) von der Woiewodschaft vor kurzem geschlossen wurde mit der Begründung, daß die vorgeschriebene Zahl von 40 Kindern nicht erreicht sei. Tatsächlich kommen zu den für dieses Schuljahr angemeldeten 32 Kindern 16 aus dem Vorjahre, die rechtzeitig angemeldet, aber unberechtigt zurückgewiesen worden waren, so daß die vorgeschriebene Zahl überschritten ist. Als die Erziehungsberechtigten am Tage des Schulbeginns ihre Kinder der deutschen Schule zuführen wollten, wurden sie wieder zurückgewiesen. Sie beschlossen deshalb, in den Schulstreik zu treten und sich zu weigern, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken. Daraufhin hat die Polizeibehörde den streikenden Eltern Strafbefehle wegen Schulversäumnis, 3 Zloty pro Tag, zugestellt. — Die Obersekunda in der Oberrealschule in Königshütte wurde zu Beginn des neuen Schuljahres am 1. September nicht mehr eröffnet, obwohl achtzehn Schüler nach dieser Klasse versetzt waren. Man erreichte lediglich die Zusage, daß die in Frage kommenden Schüler in der Oberrealschule Kattowitz Aufnahme finden sollen.

Wolken am Zentrumshimmel.

Umschichtung im Wesen.

Von August Erdmann.

Auf allen Katholikentagen, die von 1848 bis 1927 stattgefunden haben, ist hingewiesen worden auf die Tatsache, daß der katholische Volksteil in Deutschland in der Minderheit und infolgedessen die Einigkeit der Katholiken um so notwendiger sei. Am dringlichsten ist das betont worden in heißen Zeiten des Kulturkampfes, und in der Tat ist es neben dem Geschick der Führer nur dem Zusammenhalt der katholischen Massen beschieden gewesen, die schweren Bedrängnisse von Kirche und Zentrum abzuwenden.

Auch in der Folgezeit ist die Mahnung zur Einigkeit auf den Katholikentagen nicht vergessen worden, aber am lautesten und dringlichsten seit langem ist sie ertönt auf der eben verflossenen Tagung in Dortmund. Das waren nicht nur Mahnrufe, das klang deutlich wie Rufe aus der Not. Hieran ändert der Umstand nichts, daß der Katholikentag in Dortmund, wie immer, halb Parteitag, halb Kirchenversammlung, unter riesenhafter Beteiligung und in voller Einmütigkeit verlaufen ist. Das ist, was die Sache als Massenkundgebung betrifft, eine Frage der Organisation, der Verkehrsbewältigung, und, was die Einigkeit anlangt, eine Frage der auf hinreichender Ueberlieferung und Erfahrung beruhenden Kunst der Regie, die keine Uneinigkeit, keine vom bewährten Ritus abweichende Meinung, kein störendes oder gar aufsässiges Wort aufkommen läßt.

In der Partei des Zentrums und in der katholischen Presse, fern vom Zwange katholikentäglicher Tradition, sieht's etwas anders aus. In der katholischen Monatsschrift „Abendland" (Heft 9) findet sich ein Aufsatz von H. A. Berning, dem Leiter der politischen Bildungsarbeit im Zentrum, überschrieben: „Die Problematik der Zentrumspartei." Darin wird hingewiesen auf gewisse Bestrebungen im Zentrum, „die Partei aus den tieferen geistigen Volkskomplexen zu lösen, sie aus Gründen stärkerer Konzentration, größerer Stoßfähigkeit und lebhafterer Aktivität auf bestimmte exklusive Zwecke hin zu rationalisieren, sie mit dem übrigen Parteigefüge konstruktiv zu gestalten." Man glaube, daß die „bisherige weltanschauliche Verankerung nicht mehr den Kitt für den Zusammenhalt so mannigfaltiger Ideen- und Volkskomplexe abgebe; man solle den weltanschaulichen Bezirken ihre Autonomie gewähren, um auf diese Weise eine größere politische Beweglichkeit der Politik und eine ungehemmtere, rein sachlich zweckmäßig bestimmte Fraktionsbildung zu erzielen." Es gebe andere Störungen im Katholizismus, die „nicht mehr glauben an die Durchdringungsfähigkeit des Christentums in den Gesamtkomplex der Welt", es sei besser, „sich mit den christlichen Kulturforderungen von den exponierten Vorposten der Kirchenpolitik zurückzuziehen, um die christliche Substanz zu retten, zu vertiefen und den Willigen zugänglich zu erhalten".

Man kann nicht sagen, daß sich die Aeußerungen des Leiters der politischen Bildungsarbeit im Zentrum durch besondere Klarheit auszeichnen. Begnügen wir uns also mit der Feststellung, daß nicht nur im Zentrum, sondern auch allgemein im Katholizismus mancherlei Strömungen und Meinungsverschiedenheiten, die mit der gewaltigen politischen und geistigen Umwälzung von 1918 zusammenhängen, vorhanden sind. Berning selber steht auf dem Boden der alten Auffassung: „Das Zentrum kann als Gesamtheit weder einseitig fortschrittlich, liberal, noch ausschließlich konservativ oder radikalsozial sein ... Nie wird eine Richtung, eine Idee sich verabsolutieren und die Gesamtheit der Partei annektieren können, ohne daß ihr Gefüge zersprengt und in alle Windrichtungen zerstreut würde."

Mit diesen beiden Sätzen beschäftigt sich in Heft 10 der genannten Zeitschrift eine Erwiderung von Dr. Heinrich Scharp. Er will sie nicht angreifen, denn sie seien nur

die logische Konsequenz eines Sachverhaltes, der nicht zu bestreiten ist, des Sachverhaltes nämlich, daß es eben ein einheitliches und einziges, rationell und logisch durchgeformtes Gestaltungsprinzip der Zentrumspartei nicht gibt.

Nun sei, so fährt Scharp fort, die Entfaltung der politischen Energie des Zentrums nicht schon damit gegeben, daß sich innerhalb der Partei die Vielheit der in ihrer volkhaften Substanz eingeschlossenen Kräfte und Tendenzen widerspiegeln; sie beginne vielmehr erst da, wo die Partei in ihrer Gesamtheit der politischen Wirklichkeit gegenübergestellt werde, wo ihre politischen Energien auf eine politische Aufgabe stoßen und aus der faßbaren politischen Lage eine Entscheidung erzwungen werde. Hier führt Scharp die Aeußerung eines nicht auf dem linken Flügel der Partei zu suchenden Zentrumsführers an:

Das heutige Zentrum sei eine Masse von Menschen, die **lediglich durch die gemeinsame Abwehr antikatholischer Instinkte zusammengehalten werde, und in der jede Interessengruppe, keine ausgenommen, für sich selbst einen möglichst großen Vorteil herauszuschlagen versuche.**

Scharp will sich diese Auffassung nicht zu eigen machen, sondern nur mit einem drastischen Beispiel belegen, daß mit einer Darstellung der soziologischen Spannungsverhältnisse einer Partei noch nichts über ihre politische Bewährung und Leistung ausgemacht sei. Viel einfacher und klarer als Berning legt Scharp den Kern der Problematik des Zentrums dar: Das damalige Zentrum habe gekämpft den dreifachen Befreiungskampf der Kirche gegen den Staat, der Katholiken gegen politische und gesellschaftliche Unterdrückung und der christlichen Sitte und Kultur im öffentlichen Leben.

Schon die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege hätten diese Front merklich, der Zusammenbruch des alten Staates und die Aufrichtung des Volksstaates hatte sie vollends verschoben:

Die Republik gab der Kirche die Freiheit und die gleichberechtigte Mitarbeit der Katholiken im Staate wurde weitgehend gesichert. Dafür traten andere unabweisbare Aufgaben in den Vordergrund: die Sicherung der Existenz nach außen und die Rettung einer verfassungsmäßigen Ordnung nach innen. Das war die neue Front. Das Zentrum konnte sie nur beziehen, indem es einen Teil seiner bisherigen Anhänger abstieß. Denn nun ging es nicht mehr um katholische Belange, sondern um politische Entscheidungen, für die es einen Maßstab, der aus dem Katechismus abgelesen werden konnte, nicht gab. Solche Situationen hatte es freilich auch früher schon gegeben, aber niemals vorher standen sie beherrschend und zwingend im Vordergrund.

Damit ist die Lage, in der sich das Zentrum gegenwärtig befindet, richtig gekennzeichnet. Was nun werden soll, darüber läßt Scharp sich nicht aus. Er sieht nur eine Wahl: entweder politische Aktivierung unter Preisgabe der formellen politischen Einheit der Katholiken, oder Verzicht auf die politische Führung und Rückzug auf die Vertretung der katholischen Belange. Das sei die Problematik des Zentrums in ihrer schärfsten, aber auch nur theoretischen Zuspitzung: in der Praxis werde die Frage in dieser Einseitigkeit gar nicht gestellt — meint Scharp.

Wer weiß, vor welche Fragen das Zentrum in der Praxis der nächsten Zeit noch gestellt wird? Scheidet die Sorge um die Freiheit der Kirche und die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Katholiken aus, wird sich's im Zentrum um so mehr regen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete, wird das um so stärker und klarer eintreten, was der obenerwähnte Zentrumsführer schon heute als zum Wesen seiner Partei gehörig ansieht: daß „jede Interessengruppe für sich selbst einen möglichst großen Vorteil herauszuschlagen versuche". Käme zu dem Klassenkampf im großen, der jetzt schon das Zentrum in den Rechtsblock getrieben hat, auch noch der Klassenkampf im eigenen Lager zum offenen Ausdruck, dann würde auch ein Windthorst und Mallinckrodt, geschweige denn ein Marx und Stegerwald an der Rettung der Partei verzweifeln.

Der reichstagsscheue Bürgerblock.

Verhängnisvolle Verschleppungspläne.

Das Verlangen der Reichsregierung nach Hinausschiebung des Beginnes der Arbeiten des Reichstages hat nicht nur formelle, sondern wesentliche politische Bedeutung. Auf Verlangen der Reichsregierung hatte der Reichstag am Schlusse der Sommertagung beschlossen, am 26. September zu einer kurzen Zwischentagung zusammenzutreten, um die erste Lesung des Reichsschulgesetzes, des Liquidationsschädengesetzes und der neuen Besoldungsordnung vorzunehmen. Alsdann sollte eine Pause eintreten, um den Kommissionen Zeit zu lassen, damit der Reichstag Anfang November seine ordentliche Wintersession ohne weitere Unterbrechungen beginnen könne. Reichsregierung und Regierungsparteien verfolgten damit die Absicht, das Reichsschulgesetz beschleunigt zu erledigen. Da der Entwurf des Reichsschulgesetzes dem Reichsrat aber erst spät zuging und die preußische Regierung ihre endgültige Stellung nicht vor dem 20. September zu beschließen vermag, kann die Zwischentagung des Reichstages weder am 26. September noch am 3. Oktober beginnen.

Diesen sachlichen Anlaß zur Verschiebung der Zwischentagung müssen auch die Oppositionsparteien anerkennen. Aber Reichsregierung und Regierungsparteien verlangen mehr. Sie halten trotz des verspäteten Zusammentritts des Reichstages an der Idee einer Zwischentagung fest und wollen die endgültige Aufnahme der Reichstagsarbeiten bis zum 21. November hinausschieben. Dieser späte Zusammentritt aber ist sachlich nicht gerechtfertigt und politisch gefährlich. Sowohl die Besoldungsordnung als auch das Liquidationsschädengesetz, das Rentnerversorgungsgesetz und eine ganze Reihe von anderen dringenden Vorlagen, die für das materielle Wohl großer Bevölkerungsschichten bedeutsam sind, könnten und müßten sobald als möglich erledigt werden.

Dem aber scheinen die Regierungsparteien nicht geneigt zu sein. Sie wollen in erster Linie das Reichsschulgesetz unter Dach und Fach bringen und bis dahin jeden nur möglichen Anlaß zu inneren Auseinandersetzungen zu vermeiden suchen. Der Reichstag ist ihnen dabei ein Hindernis. Tagt er, so ist es schwer, eine außenpolitische Debatte oder eine Debatte über die Flaggenfrage zu verhindern. Daß die Erledigung wichtiger Fragen verzögert wird, vielleicht sogar die glatte Erledigung des Reichsetats gefährdet ist, kümmert sie im Augenblick nicht. Daher haben sich die Deutschnationale, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei bereits am Mittwoch mit den Plänen der Reichsregierung einverstanden erklärt. Aber auch das Zentrum dürfte seine Zustimmung noch geben. Aus parteipolitischen Gründen wird also versucht, den Reichstag auszuschalten, wichtige Volksinteressen werden vernachlässigt.

Wann die angekündigte Besoldungsordnung für den Reichstag beratungsreif sein wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Da die Vorlage des Reichsfinanzministers noch nicht einmal die Zustimmung des Reichskabinetts gefunden hat, und sich daran noch eine mehrwöchige Beratung im Reichsrat anschließen wird, so muß man auch bei ihrer Erledigung noch mit längeren Fristen rechnen. Das gleiche gilt für das Liquidationsschädengesetz.

Angesichts der Dringlichkeit dieser Vorlagen hat sich die Sozialdemokratie entschieden gegen die späte Einberufung des Reichstags erklärt. Sie muß die Verantwortung dafür den Regierungsparteien und der Reichsregierung überlassen. Diese tragen auch die Verantwortung für die am 1. Oktober eintretende neue Mietenerhöhung um 10 Proz. Von den Kommunisten war der Antrag auf Zusammentritt des Reichstags vor dem 1. Oktober gestellt, damit die Mietenerhöhung rückgängig gemacht werden könne. Ein Zusammentritt des Reichstag zu diesem Zweck hat aber nur dann Sinn, wenn durch eine Aenderung der Haltung der bürgerlichen Parteien eine Mehrheit für den Antrag auf Vermeidung der Mietenerhöhung zu erwarten ist. Nach der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien aber ist das ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie war stets und ist auch jetzt gegen die Mietenerhöhung. Sie wird infolgedessen jede Möglichkeit, sie zu verhindern, unterstützen.

Die Absicht der Reichsregierung, die Reichstagsberatungen hinauszuschieben, ist ein erster Versuch zur Ausschaltung des Reichstages. Das ungewisse Schicksal des Reichsschulgesetzes und die sonstigen Differenzen innerhalb der Regierungsparteien scheinen die Reichsregierung auf diesen gefährlichen Weg gedrängt zu haben.

In der Entschließung der Sozialistischen Arbeiterinternationale gegen die Todesstrafe ist bei der Uebermittlung aus Brüssel der Hinweis auf „die zahlreichen Exekutionen in Rußland" fehlerhafterweise ausgefallen. Er ist vor „Georgien und China" einzufügen.

Der wieder einmal blamierte Ludendorff.

Sein Feldzug gegen die Freimaurer.

Am Sonntag berichteten wir über das neue Kriegsbeil, das sich Exzellenz Ludendorff in Ermangelung anderer Feldzüge herausgegraben hat. Gegen die Freimaurer will er es schwingen, und zu diesem Behufe ließ er schon auf dem Potsdamer Werwolftage eine Broschüre vertreiben, die sich die „Vernichtung der Freimaurer durch Enthüllung ihrer Geheimnisse" zur erhabenen Aufgabe macht. Der Verlierer des Weltkrieges und Geschlagene vom Odeonsplatz scheint auch diesmal wieder auf die falsche Karte getippt zu haben. Denn er bekommt Antworten, die er sich wahrscheinlich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Letzthin waren in Hannover Stuhl- und Logenmeister der Freimaurer versammelt, und sie befaßten sich unter anderem auch mit der famosen Schrift unseres verflossenen Generalquartiermeisters. Das Ergebnis der Beratungen war ein offener Brief an Herrn Ludendorff, aus dem wir folgendes wiedergeben:

„Ew. Exzellenz haben in Ihrer Schrift „Vernichtung der Freimaurerei" die Zehntausend von deutschen Männern, welche sich zu dieser bekennen, als intellektuell oder moralisch minderwertig hingestellt. Damit versuchen Sie, treu vaterländisch gesinnte Volksbrüder, die zum großen Teil an Ihrer Seite und unter Ihrer Führung für Deutschland geblutet haben, ehrlos zu machen. Wir legen gegen Ihre ganz unberechtigten, zumeist auf groben Entstellungen beruhenden Angriffe schärfste Verwahrung ein, in dem Bewußtsein, zu jeder Zeit, frei von allem Zwange, aus innerster Hingabe unsere Pflicht ebenso wie gegen die Freimaurerei auch gegen das gesamte Vaterland erfüllt zu haben. Solchen Männern Achtung und Vertrauen, die Grundlage jeder Volksgemeinschaft, zu versagen, ist „in der Todesnot des deutschen Volkes" ein Verbrechen am Vaterland.

Hannover, am Tage von Sedan 1927.

Freimaurerloge Niedersachsen."

102 Namen stehen unter diesem Brief. In der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um aktive oder inaktive Angehörige des früheren Offizierskorps. Am „Tage von Sedan" hat also Exzellenz Ludendorff von seinen früheren Kameraden eine Zurechtweisung erhalten, die selbst ihm zu Nachgedanken Veranlassung geben müßte — wenn er zu solchen geistigen Anstrengungen noch fähig wäre!

Protest des ADB. gegen die Schulvorlage.

Der Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm gestern einstimmig folgende Entschließung an:

„Der zweite Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erhebt Protest gegen den zurzeit vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2 und 149 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz). Dieser Entwurf verletzt die in der Reichsverfassung zugesicherten Beamtenrechte der deutschen Volkslehrerschaft und liefert die Volksschulen nichtstaatlichen Mächten aus.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund setzt sich demgegenüber ein für die volle Wahrung der beamtenrechtlichen Stellung der Lehrerschaft, unabhängig von dem Religionsbekenntnis und der Weltanschauung. Dieser Entwurf führt zu einer Zerschlagung der deutschen Staatsschulen und wird dadurch dem Reiche wie den Ländern und Gemeinden große finanzielle Lasten aufbürden, obwohl für dringende soziale Aufgaben des Staates keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Entwurf ist auf der Grundlage einer Verfassungsauslegung entstanden, die eine Verfassungsänderung bedeuten wird. Daher lehnt der Allgemeine Deutsche Beamtenbund aus berufsgewerkschaftlichen, beamten- und verfassungsrechtlichen Gründen den Entwurf des Reichsinnenministers v. Keudell ab.

Der Bundeskongreß ruft alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Beteiligung an dem Abwehrkampf auf und erwartet von den freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Parteien des Reichstages schärfste Ablehnung dieses Entwurfes."

Die Wirkungen des Krieges.

Soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge des Weltkrieges.

Ein sehr bemerkenswertes und in seiner Art neues Unternehmen von internationaler Bedeutung ist von der Carnegie-Friedensstiftung in Angriff genommen worden. In einem umfassenden Werk sollen die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen der Geschichte des Weltkrieges mit größtmöglichster Vollständigkeit dargestellt werden. Damit wird ein Geschichtswerk geschaffen, das gerade diejenigen Momente beleuchtet, die in der Geschichtsschreibung der Kriege bisher immer zu kurz gekommen ist.

Interessanterweise reichen die Anfänge bis 1911 zurück. Man beabsichtigte damals, die Folgen des Krieges auf Leben und Zivilisation einem Studium zu unterziehen, und viele Beiträge waren schon in Vorbereitung, als der Weltkrieg ausbrach. Inzwischen haben die gewaltigen Ereignisse ein Material zu dem Thema geliefert, das alles historische Material in den Schatten stellt. Die Untersuchung gilt nunmehr den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen des Weltkrieges. Man schätzt das Werk, das darüber zustandekommen soll, auf 175 Bände. Zum Herausgeber wurde Professor Shotwells gewählt, und in den verschiedenen Ländern der Welt wurden Beratungsausschüsse eingesetzt; für einige kleine Nationen wurden an Stelle eines Ausschusses Einzelpersonen für die Sammlung des in Frage stehenden Materials verantwortlich gemacht. Unter den Mitgliedern der Beratungsausschüsse befinden sich bekannte Nationalökonomen und Staatsmänner, z. B. Herriot, der frühere Premierminister Frankreichs, Masaryk, der Präsident der Tschechoslowakei, Max Sering, Leiter der technischen Wirtschaftsabteilung im deutschen Kriegsministerium, Sakatani, früherer Finanzminister Japans, Gustav Bauer, früherer deutscher Reichskanzler, W. H. Beverage, Direktor der London School of Economics, und Keynes, der Leiter der Bewegung für die Revision des Versailler Vertrages.

Die Aufgabe der Beratungsausschüsse ist es, das in ihrem Lande gesammelte Material in einer zur Veröffentlichung geeigneten Form in Monographien vorzulegen. Diese Monographien können sein:

1. spezielle Studien einzelner Gebiete des nationalen Lebens, die in der betreffenden Landessprache veröffentlicht werden;

2. allgemeine Uebersichten über größere Fragenkomplexe, die mit besonderer Rücksicht auf die Ansprüche der Leser in Ländern der englischen Zunge in diese Sprache übersetzt werden.

Die aufzunehmenden Fragen werden nach Gesichtspunkten wie: Nationalökonomie, Produktion (industrielle und landwirtschaftliche), Handel und Transport, Finanz, Verbrauch, Volksgesundheit usw. zusammengestellt.

Es soll auch herausgearbeitet werden, in welchem Grade zu Kriegszeiten das soziale und ökonomische Leben der neutralen Länder dem in den kriegführenden ähnlich ist.

Die Aussprüche zweier Mitarbeiter zeigen die praktische Bedeutung des Werkes: Herriot, der mit einem Beitrag über die Wirtschaftsgeschichte der Stadt Lyon vertreten sein wird, schreibt: „Bevor ich an die Arbeit ging, habe ich mich ernstlich bemüht, mir die Absicht, die unsere amerikanischen Freunde zur Veröffentlichung des Werkes veranlaßt, klarzumachen. Wenn ich sie recht deute, so liegt ihnen daran, den Krieg nachdrücklicher, gründlicher zu bekämpfen als durch hohlen oratorischen Aufwand." Und Sering schreibt an den Herausgeber: „Diese gigantische Arbeit wird nicht nur einen einzigartigen Beitrag zu der Geschichte der Gegenwart darstellen, sondern es wird ihr auch eine starke Versöhnungskraft innewohnen."

Naturkatastrophen.

Ursachen und Wirkungen der Wirbelstürme.

Immer um die Monate September/November herum erreichen uns Nachrichten von gewaltigen Naturkatastrophen, die sich auf der anderen Hälfte der Welt ereignet haben. Amerika und Japan sind es, die vorzugsweise von solchen Katastrophen erreicht werden. So auch jetzt. Fast gleichzeitig kommt sowohl aus Mexiko wie aus Japan die Nachricht, daß dort Tausende von Menschenleben dem furchtbaren Wüten des Wetters zum Opfer gefallen sind. In Mexiko hat eine Springflut in einer Ausdehnung von über 1000 Meilen ganze Städte zerstört, und in Japan ist ein Taifun über die Insel Kiushu hinweggebraust und hat dabei 1200 Menschen getötet.

Die Regelmäßigkeit, mit der solche Katastrophen hereinzubrechen pflegen, legt die Frage nach den Ursachen nahe. Letzte Klarheit hat auch die Meteorologie nicht erlangen können. Die Theorien, die man bislang darüber aufgestellt hat, sind noch nicht bis in die letzten Einzelheiten hinein hieb- und stichfest.

Die verheerende Kraft der Wirbelstürme — denn ein solcher hat die Springflut jetzt in Mexiko bewirkt und der Taifun in Japan ist auch ein Wirbelsturm — liegt viel weniger, so nimmt die Meteorologie an, in ihrer Windgeschwindigkeit, so groß diese oft auch ist, als in einer gewissen Saugwirkung, die den Wirbelstürmen innewohnt. Diese Saugwirkung wird dadurch ausgeübt, daß im Innern des Wirbels ein Vakuum, eine Art luftleerer Raum entsteht. Einen Beweis für diese Behauptung hat man in der Erscheinung, daß in solchen, von Wirbelstürmen verwüsteten Orten die Trümmer der Gebäude nicht in sich zusammengestürzt waren, sondern auf die Straße gefallen sind. Die Dächer werden von dem innerhalb der Häuser herrschenden höheren Luftdruck in die Höhe gehoben und die Fenster und Mauern fallen nach außen. Daher auch die Tatsache, daß alle Hilfeleistungsaktionen die Straßen durch die vielen Trümmer so versperrt finden, daß sie zunächst gar nicht die eigentlichen Unglücksstätten, wo Menschen vergraben liegen, finden können.

Die Wirbelstürme selbst erklärt man sich meteorologisch durch den Einbruch kalter Luft aus nördlicher oder nordwestlicher Richtung, der auf der nördlichen Halbkugel nach vorangegangener starker Erwärmung zur Entstehung solcher Wirbel mit ihrem luftleeren Kern führt. Wenn in dem Bereich der warmen leichteren Luft des äquatorialen Abschnitts die kalte schwere Luft der Polargegend eindringt — bekanntlich hat die Atmosphäre stets das Bestreben, in ihr vorhandene Druckunterschiede auszugleichen und ein vorhandenes Vakuum auszufüllen — dann wird das atmosphärische Gleichgewicht gestört und diese Störungen äußern sich in Gestalt von Wirbeln, die sich über größere oder kleinere Gebiete fortpflanzen, bis es zu einem Ausgleich der Luftdruckunterschiede gekommen ist. Die kalte Luft aus der Polargegend hebt die warme Luft vom Boden ab und der Ausgleich vollzieht sich umso rascher, je größer die Druck- und Temperaturunterschiede zwischen der warmen Vorderseite und der kalten Rückseite des Wirbels sind. Durch den raschen Aufstieg der warmen Luft und das schnelle Einströmen der kalten Luft entsteht dann ein Luftwirbel, in dem die Wolken bis zum Erdboden reichen. Der Wirbel gleicht einem riesigen schwarzen Schlauche, der Wolken und Erde zu verbinden scheint.

Die Schnelligkeit der Wirbelwinde ist sehr groß. Allerdings ist man nicht in der Lage, genaue Messungen zu machen, da die Gewalt des Sturmes jede Apparatur vernichtet. Bei dem großen Taifun in Manila im Jahre 1882 zeigte der Windmesser einige Sekunden, bevor er dem Orkan zum Opfer fiel, eine Windgeschwindigkeit von 54 Metern in der Sekunde, was eine Stundengeschwindigkeit von 194 Kilometer bedeutet.

Harry und Willy. Zum Streitfall Prinz Wilhelm von Preußen gegen den Malik-Verlag teilen uns die Vertreter des letzteren, die Rechtsanwälte Apfel und Beck, folgendes mit: Prinz Wilhelm von Preußen hat bekanntlich gegen den Malik-Verlag eine Klage erhoben, weil er sich dadurch beschwert fühlt, daß auf dem Innenumschlag des Buches „Harry Domela, der falsche Prinz" seine Photographie veröffentlicht worden ist. Die im Auftrage des Prinzen von Rechtsanwalt Dr. Alsberg beim Amtsgericht Charlottenburg eingereichte Klage zielt nicht etwa auf Bestrafung des Malik-Verlages, sondern beschränkt sich auf den Antrag, die Umschläge zu vernichten. Ueber die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Klage wird in dem mündlichen Hauptverhandlungstermin entschieden werden, der demnächst stattfindet. Schärfster Protest muß aber gegen die Behandlung der Angelegenheit durch das Amtsgericht Charlottenburg eingelegt werden. Zunächst hat der zuständige Richter, ohne unserer Mandantin Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, bereits vor dem Hauptverhandlungstermin eine Beschlagnahme des Umschlages verfügt, obwohl er darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß in diesem Falle die Beschlagnahme vor Erlaß des Urteils gar nicht zulässig ist, weil es sich überhaupt um kein Strafverfahren, sondern lediglich um den sogenannten Vernichtungsanspruch auf Grund des Kunstschutzgesetzes handelt. Ferner hat der zuständige Richter uns, als wir zur Begründung der Beschwerde gegen den vorläufigen Beschlagnahmebeschluß die Akten einsehen wollten, die Akteneinsicht verweigert, weil ein neuer Antrag des Prinzen Wilhelm vorliege, durch dessen Kenntnisnahme der Untersuchungszweck gefährdet werden könne. Gegen diese Verletzung des gesetzlich gewährten Rechts auf Akteneinsicht werden wir die Beschwerde bei dem übergeordneten Gericht wie aber auch die Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landgerichtspräsidenten einreichen.

Staatliches Schauspielhaus. Infolge Erkrankung des Herrn Wälcher muß die Uraufführung von Joachimson's Komödie „Fünf von der Jazzband" auf den 20. d. Mts. verlegt werden.

Mahlers „Sinfonie der Tausend" in Magdeburg. Die von der Deutschen Theater-Ausstellung in Magdeburg veranstaltete Aufführung der Mahlerschen „Sinfonie der Tausend" in Originalbesetzung, die unter der Leitung von Generalmusikdirektor Prof. Mikorey steht, findet Sonntag, den 25. September, nachmittags 5 Uhr, in der Magdeburger Stadthalle statt.

Deutschnationale Kandidaten.

Ein Musterprogramm.

Aus Hamburg wird berichtet, daß unter den deutschnationalen Kandidaten zur Bürgerschaftswahl sich auch der Universitätsprofessor Passarge befindet. Dieser Mann muß auf die Deutschnationalen eine besondere Anziehungskraft ausgeübt haben. Denn sein politisches Programm, das er in einer Schrift entwickelt hat, ist so seltsam, daß es nur bei den Deutschnationalen Anklang finden kann.

Er verlangt unter anderem, daß in Deutschland alle Industriezweige aufgegeben werden, deren Rohstoffe von auswärts eingeführt würden. Zweitens müßte die Einfuhr von Lebensmitteln untersagt werden, damit der Ueberschuß der Bevölkerung durch Hungersnot beseitigt würde. Weiter fordert er ein Verbot aller Maßnahmen gegen Seuchen, Verbot aller Impfungen und freies Walten aller die Großstädte „reinigenden" Epidemien. Natürlich tritt er auch für die Abschaffung der sozialen Fürsorge und aller sonstigen den „Kampf ums Dasein schwächenden Gesetze" ein. Endlich müßte der Schulzwang und die allgemeine Schulbildung abgeschafft werden.

Besonders die Abneigung Passarges gegen die soziale Fürsorge wird die Freude an seiner Kandidatur bei den Deutschnationalen gestärkt haben. Denn in der Feindschaft gegen die Sozialpolitik sind sie mit ihm gleichen Sinnes. Ob auch in seinen anderen „Forderungen", das möchten wir einstweilen noch leise bezweifeln.

Hochverratsprozeß gegen KPD.-Zentrale.

Monstreprozeß gegen acht Reichstagsabgeordnete.

Leipzig, 14. September. (Eigenbericht.)

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner will nach den Sommerferien und zwar ab 4. Oktober den Monstreprozeß gegen die KPD.-Zentrale durchführen. Angesetzt ist die Verhandlung, die mehrere Wochen dauern soll, gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten Froehlich, Heckert, Koenen, Remmele, Lindau, Kaiser, Schmidt, Stoecker und den früheren Reichstagsabgeordneten Schumann. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die Verhandlung wirklich zustande kommt.

Milde Richter im „Zuchthausstaat".

Wenn Konservative ihn beschimpfen.

Man schreibt uns:

Dieser Tage hatten sich vor dem Schöffengericht in Stade (Unterelbe) der Referendar Budde aus Hamburg und der 39jährige Schriftleiter des „Nordhannoverschen Landboten" in Zeven, Ernst August Meyer, wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Budde hatte in einem Artikel von Preußen als von einem „Zuchthausstaat" gesprochen, der vor einer bestialischen Marterung des hannoverschen Volkes nicht zurückschrecke. Er hatte dabei auch in der niederträchtigsten Weise die preußischen Landesfarben herabgesetzt. Der Schriftleiter Meyer war für die Aufnahme des Artikels preßgesetzlich verantwortlich und stand infolgedessen ebenfalls unter Anklage.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Budde eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und gegen Meyer eine Geldstrafe in Höhe von 600 M. Das Urteil lautete gegen Budde an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von sechs Wochen auf eine Geldstrafe in Höhe von 600 M., und gegen Meyer, der wegen Beleidigung schon vorbestraft ist, auf zwei Wochen Gefängnis bzw. 300 M. Geldstrafe. Die Angeklagten nahmen das Urteil an, während sich der Oberstaatsanwalt die Entscheidung vorbehielt.

Budde steht in den Diensten des Hamburger Senats.

Das Genfer Protokoll.

Macdonald eröffnet eine Wiederbelebungsaktion.

London, 14. September. (Eigenbericht.)

Ramsay Macdonald hat im „Daily Herald" und im „Manchester Guardian" folgende Vorschläge veröffentlicht: 1. ein Völkerbundsausschuß soll das Genfer Protokoll von 1924 prüfen und eventuell ergänzen; 2. Befragung der Dominien, eventuell einer Reichskonferenz über die Verpflichtungen des britischen Reiches im Falle einer Annahme des Protokolls. In einem Interview darüber stellt Lord Parmour, der britischer Völkerbundsvertreter der Arbeiterregierung war, fest, Chamberlains jüngste Rede in Genf sei auf eine „aggressive Weise unglücklich gewesen". Es sei nunmehr an der Zeit, einen energischen Feldzug für das Protokoll zu entfalten. Lord Parmour protestiert aufs nachdrücklichste gegen die Auffassung Chamberlains, daß der Zerfall des britischen Reiches zu befürchten wäre, wenn die im Protokoll vorgeschriebene Friedenspolitik verwirklicht würde. In ähnlicher Weise spricht sich der Vorsitzende der sozialistischen Arbeiterinternationale Henderson, der bei der Fassung des Protokolls entscheidend mitgewirkt hat, aus. Er betont, daß die Vorschläge des Protokolls gewiß nicht das letzte Wort darstellten, aber seinerzeit das gebührende Interesse und die Aufmerksamkeit Großbritanniens gefunden hätten. Die Verfasser des Protokolls hätten versucht, den Nationen klarzumachen, daß eine umfassendere Anwendung des Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit der Nationen sei. Ohne diese Sicherheit stelle die Forderung nach Entwaffnung keinen praktischen Vorschlag dar.

Deutscher Ratschlag in Moskau.

Zum Rakowski-Konflikt.

Paris, 14. September. (Eigenbericht.)

Der Kopenhagener Korrespondent des „Intransigéant" will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß am 1. September nach heftigen Debatten im Kreml beschlossen worden sei, den Pariser Botschafter Rakowski zu desavouieren, ihn aber keinesfalls abzuberufen. Tschitscherin habe, um die Desavouierung durchzusetzen, dringend auf das Zureden des deutschen Botschafters Brockdorff-Rantzau hingewiesen, der erklärt habe, daß ein Bruch zwischen Frankreich und Sowjetrußland schwere außenpolitische Gefahren für Deutschland bringe. Tschitscherin habe betont, er habe seinerzeit Rakowski dringend geraten, das bewußte Manifest der 3. Internationale nicht zu unterzeichnen. Dieser habe aber auf Drängen Trotzkis das Manifest doch unterzeichnet. Zuletzt habe Tschitscherin mit seinem Rücktritt gedroht, falls der Pariser Botschafter nicht desavouiert werde.

Die Abrüstung stockt vollkommen.

Kein Fortschritt in Genf.

V. Sch. Genf, 14. September. (Eigenbericht.)

Die Fortsetzung der Debatte im Abrüstungsausschuß hat noch deutlicher als bisher die Sackgasse aufgezeigt, in der das Abrüstungsproblem zurzeit steckt. Der französische Standpunkt fordert — darin kann nach der gestrigen Rede Paul Boncours kein Zweifel sein — erst Sicherheit und dann, nur dann Abrüstung; die Sicherheit aber liegt nur in der allgemeinen Ratifizierung des Genfer Protokolls von 1924, das man eventuell mit Rücksicht auf das britische Reich etwas mildern könnte. Der britische Standpunkt ist: Abrüstung ja, aber auf keinen Fall Ratifizierung des Genfer Protokolls. Diesen Standpunkt hat mit brutaler Deutlichkeit in der heutigen Sitzung der zweite englische Delegierte, Unterstaatssekretär Onslow, Nachfolger Lord Cecils, vertreten. Die Rede Onslows war geradezu

herausfordernd negativ

und übrigens ganz kurz. Sie bestand eben nur darin, innerhalb weniger Minuten dreimal zu betonen, daß Chamberlain schon alles gesagt hätte, was England über diese Frage denke, und daß daher jede Wiederholung überflüssig sei. Die Rede gipfelte in den Sätzen: Großbritannien wird nichts den Garantien und Verpflichtungen hinzufügen, die es bereits übernommen hat. Eine neue Diskussion des Genfer Protokolls wäre zwecklos und sogar gefährlich, denn sie würde nur die unüberbrückbaren Gegensätze wieder einmal zeigen.

Eine brutalere Antwort auf den gestrigen verzweifelten Versuch Boncours, dieses Problem unter möglichster Schonung des britischen Standpunktes wieder aufzurollen, ist gar nicht denkbar. Was nun? Bernstorff-Deutschland hat am Schluß der Sitzung eine kurze und eindrucksvolle Rede gehalten, die natürlich keinen Ausweg weisen konnte, die aber sehr kräftig und mit starker Logik dagegen Einspruch erhob, daß man wegen des englisch-französischen Gegensatzes die Hände in den Schoß lege und die Lösung des Abrüstungsproblems auf unbestimmte Zeit vertage. Graf Bernstorff erklärte zunächst, daß er wegen der besonderen Lage Deutschlands (als eines bereits abgerüsteten Staates) nicht zu den verschiedenen Abrüstungsvorschlägen Stellung nehmen wolle: „Wir nehmen jede Art von Abrüstung an, wenn sie nur erfolgt." Dann wandte sich Bernstorff gegen die französische Theorie, daß die Sicherheit die Voraussetzung der Abrüstung sei: „Wir besitzen eine wirklich authentische Interpretation des Begriffs der Sicherheit, nämlich einige Stellen aus dem von Clemenceau am 16. Juni 1919 unterzeichneten Begleitschreiben zu den endgültigen Versailler Friedensbedingungen."

Und nun liest Bernstorff zur allgemeinen Verblüffung die Sätze des Schreibens Clemenceaus vor, in denen es ausdrücklich heißt, daß Deutschland zuerst abrüsten müsse, und daß dann die übrigen Mächte „in voller Sicherheit" werden abrüsten können.

1926 sei der Stand der Sicherheit als genügend erachtet worden, um die Abrüstungskonferenz ins Auge zu fassen. „Deshalb vermögen wir nicht zu begreifen, wie man heute erklären kann, die Sicherheit sei noch nicht genügend gewährleistet. Wir erklären, daß die Schiedsgerichtsbarkeit und die Sicherheit nur durch die Abrüstung erzielt werden kann." Also genau die gleiche Formel, die Genosse Léon Blum auf dem Internationalen Kongreß von Marseille prägte. Graf Bernstorff fährt fort, er müsse eine ernste Warnung aussprechen. Immer lauter werden die Stimmen unter den Völkern, die den Verdacht äußern, man gebrauche den Begriff der „Sicherheit" nur als Ausrede, um nicht abzurüsten. Bernstorff begrüßt die gestrige Anregung Boncours, alles aus dem Statut selbst herauszuholen, was darin enthalten ist und was bisher nicht verwirklicht wurde. Er verspricht ferner, Sokal die

wärmste Unterstützung Deutschlands zum polnischen Antrag.

Er wendet sich entschieden gegen den Gedanken einer Vertagung der für November wieder einberufenen vorbereitenden Abrüstungskonferenz und fordert zum Schluß auf, endlich schnell und energisch zu handeln. Diese Rede, in sicherem und gutem Französisch vorgetragen, hat starken Eindruck hinterlassen. Schon zu Beginn der Sitzung hatte ein Ungar das Argument der Sicherheit vom Standpunkt eines anderen besiegten und bereits einseitig zwangsabgerüsteten Landes widerlegt: „Wer garantiert Ungarn Sicherheit? Man verweist uns auf den Artikel 10 des Völkerbundsstatuts. Gut. Aber wenn dieser Artikel für uns genügen soll, dann muß er auch die Sicherheit der anderen Staaten ausreichend gewährleisten!" Doch was nützt das alles, wenn der englische und französische Standpunkt einander so schroff gegenüberstehen und keiner dem anderen entgegenkommen will? Was nützt der in der heutigen Sitzung von Nansen-Norwegen eingebrachte Antrag auf Erweiterung der Schiedsgerichtsbarkeit und auf Ratifizierung der fakultativen Klausel des Haager Schiedsgerichtshofes durch alle Länder, ähnlich dem deutschen Beispiel? Auch dieser Antrag ist bloß eine Geste und wird in den Orkus wandern, nachdem England so deutlich erklärt hat, daß es auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit keinen Schritt weiter als bisher gehen will. Gewiß trifft England ein gerüttelt Maß an Schuld, wenn das Problem der Abrüstung gegenwärtig so vollkommen stockt. Aber auch Frankreich ist nicht frei von Verantwortung, wenn es diese britische Obstruktion zum Anlaß nimmt, zu erklären, es könne nicht abrüsten, solange England seinen Standpunkt nicht aufgegeben hat.

Heute Wahl des Rates.

Am Vorabend noch alles unklar.

V. Sch. Genf, 14. September mitternachts. (Eigenbericht.)

Am Vorabend der Ratswahl ist die Lage noch völlig ungeklärt. Die erhofften Zurückziehungen von Kandidaturen sind nicht erfolgt. Es bewerben sich nach wie vor sechs Länder um drei Sitze. Verhältnismäßig am sichersten erscheint die Wahl Belgiens und Kubas.

Die deutsche Delegation hat heute abend endgültig beschlossen, für Belgien, ungeachtet des jüngsten Zwischenfalls, zu stimmen; die übrigen Beschlüsse werden erst morgen vormittag kurz vor der Wahl gefaßt werden.

Auch Kubas Wahl dürfte gesichert sein, zumal die letzte Vollversammlung ausdrücklich versprochen hat, Lateinamerika stets drei Sitze zu gewähren. Versuche, das Versprechen dahin auszulegen, daß es zugunsten von amerikanischen Ländern schlechthin abgegeben sei, und daß man daher den freiwerdenden Sitz von San Salvador Kanada geben sollte, stoßen auf energischen Widerstand. Kanada scheint die allerwenigsten Aussichten zu haben, insbesondere wegen des Arguments, daß das britische Reich nicht zwei Sitze im Rat haben dürfe. Dabei würde eine weitsichtige Politik eher dafür sprechen, daß man Kanada unterstütze, denn seine Wahl würde einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Selbständigkeit der Dominien, d. h. der Auflösung des britischen Reichs bedeuten.

Das weiß England am allerbesten und deshalb unterstützt es Kanadas Kandidatur nur zum Schein:

Chamberlain erklärt „im Vertrauen" jedem, der es hören will, daß ihm diese Kandidatur äußerst unbequem ist.

Bleiben für einen einzigen freiwerdenden Sitz, nämlich den der Tschechoslowakei, nicht weniger als drei Bewerber: Finnland, Portugal und Griechenland (und wenn man Kanada hinzurechnet, sogar vier!). Griechenland hat sich durch das Auftreten von Politis, der sein eigenes Werk, das Genfer Protokoll, verleugnete, um seine Aussichten gebracht. Außerdem wird dort zuviel geputscht und man weiß nie, wer nach drei Monaten in Genf die Athener Regierung vertreten würde. Dasselbe gilt allerdings auch für Portugal, doch treten verschiedene Staaten dafür ein, daß man durch eine Wahl Portugals eine freudige Geste für Brasilien und Spanien mache und damit deren etwaige Rückkehr erleichtere.

Bleibt Finnland, das die meisten Aussichten haben soll. Merkwürdigerweise machen sich aber

bei Deutschland Widerstände gegen Finnland

bemerkbar. Einmal, weil Finnland wiederholt Anträge gegen jede Abschwächung des Artikels 16 eingebracht hat, die als eine bewußte Unfreundlichkeit gegen den Standpunkt der Reichsregierung empfunden wurden, andererseits, weil man vermeiden möchte, daß Rußland dadurch verstimmt werde, daß drei seiner Nachbarstaaten im Völkerbundrat sitzen (Rumänien, Polen und Finnland). Wenn es zutrifft, daß Rußland (allerdings nicht in offizieller Form) bereits in diesem Sinne Vorstellungen erhoben hat, so wäre ein solcher Schritt um so lächerlicher, als zurzeit in Finnland eine sozialdemokratische Regierung am Ruder ist — mit Unterstützung der Kommunisten! Deutschland sollte sich auf keinen Fall durch solche allzu weitgehenden Rücksichten auf Sowjetrußland beeinflussen lassen, zumal es

damit nur die skandinavischen und baltischen Länder verstimmen

würde, die zurzeit ohne Vertretung im Rat sind und die Finnlands Kandidatur bereits im Vorjahre ohne Erfolg unterstützt haben.

Verschleppung der Beschwerden des Memellandes.

Genf, 14. September.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist nach Rom abgereist. Er wird seine Verhandlungen mit Dr. Stresemann über die allgemeinen zwischen Deutschland und Litauen schwebenden Fragen bei seiner Rückreise Ende des Monats in Berlin fortsetzen. Die letzten memelländischen Beschwerden werden im Einvernehmen mit den Memelländern vorläufig nicht zur Erörterung vor den Völkerbundsrat gebracht, sondern ebenfalls diesen direkten Verhandlungen vorbehalten.

Tagung der Sozialpolitiker.

Seipels Zukunftsmusik.

Wien, 14. September. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch trat hier die Generalversammlung der Vereinigung für sozialen Fortschritt in Wien zusammen. Aus Deutschland waren für das Reichsarbeitsministerium anwesend Ministerialdirektor Dr. Grieser und Ministerialrat Dr. Feig, für das bayerische Ministerium für soziale Verwaltung Professor Dr. Kahn, außerdem Vertreter der deutschen Wissenschaft sowie der Gewerkschaften. Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden Dr. Renner mit einem Rückblick auf die Geschichte der Vereinigung eröffnet. Dann sprach Bundeskanzler Seipel, der im Gegensatz zu seiner wirklichen Politik erklärte, der Zweck des Staates sei die soziale Wohlfahrt, und es werde einmal alle Politik Sozialpolitik sein. Schließlich überbrachte Bürgermeister Seitz die Grüße der Stadt Wien und lud die Delegierten zu einer Besichtigung der praktisch-sozialen Einrichtungen der Gemeinde Wien ein. Für das Internationale Arbeitsamt sprach in Vertretung des verhinderten Direktors Albert Thomas der Abteilungsdirektor für soziale Verwaltung, Fuß. Für den Internationalen Gewerkschaftsbund begrüßte Bundesrat Schorsch die Versammlung. Die Vormittagssitzung war mit weiteren Begrüßungsansprachen ausgefüllt.

Nachmittags hielt Professor Heyde ein Referat über die Beratungen des Arbeitsausschusses zur Untersuchung der Zusammenhänge von Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Dieser Arbeitsausschuß ist ein Unterausschuß der von der deutschen Reichsregierung eingesetzten Enquetekommission.

Putschkönig und Parteigründer.

Faschistengarde auch in Persien.

Die Gründung einer Faschistenpartei in Persien ist unter dem Vorsitz des Schahs Riza Khan und im Beisein sämtlicher Minister im königlichen Palast vollzogen worden. Die Partei ist vollkommen nach italienischem Muster organisiert, ihre Mitglieder sind in der Hauptsache jüngere Beamte, Studenten und Offiziere. Sie werden in Kürze eine Uniform erhalten, die eine Uebertragung des italienischen Schwarzhemds ins Orientalische darstellen soll. Diese Organisation soll die Haltung der Bevölkerung der an Sowjetrußland grenzenden Provinzen kontrollieren, deren Sympathien mit dem gegenwärtigen persischen Regime noch immer nicht sehr groß sind.

Die Militärkommission in Tauroggen will festgestellt haben, daß die Aufständischen unter der Leitung der sozialistischen Partei gestanden hätten. Der Kriegsminister hat bei der Regierung angeregt, über das ganze Land den Belagerungszustand zu verhängen.

Der verschwundene polnische General Zagorski ist jetzt in Paris. Er hat durch einen Danziger Bekannten seine Septemberbeiträge für den Unterstützungsfonds der Hinterbliebenen der polnischen Flieger nach Warschau überwiesen.

Die Beschlagnahme von Sprengstoffen auf dem deutschen Dampfer „Bertram Rickmers", wogegen der deutsche Generalkonsul Einspruch erhoben hatte, ist von der Nankingregierung wieder aufgehoben worden.

Bundeskongreß des ADB.

Dr. Köhler brüskiert die Gewerkschaften.

Nach der sehr ausgiebigen Debatte, die sich dem Referat des Genossen Dr. Völter anschloß, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der insbesondere die in der neuen Besoldungsreform vorgesehene Vermehrung der Zahl der Besoldungsgruppen scharf abgelehnt wird, sowie die scharfe Trennung der einzelnen Laufbahnen, die Einführung von Stellenzulagen, die Verlängerung der Aufrückungsfristen innerhalb der Gruppen, die Beseitigung der sogenannten Verzahnung und die Trennung zusammengehörender Besoldungsgruppen, die beabsichtigte teilweise Verschlechterung des Besoldungsdienstalters, die Verkürzung der Bezüge der ledigen Beamten, die Beibehaltung des Systems des Wohnungsgeldzuschusses, die geplante Verkürzung der örtlichen Sonderzuschläge, die geringere Aufbesserung der Diätare und die Herabsetzung der Prozentsätze der Diätarvergütungen und die Absicht, die Ruhegehalt- und Wartegeldempfänger nicht in die neue Besoldungsordnung zu überführen.

Nach der Erledigung einiger zur Frage der Besoldung vorliegender Anträge wurde u. a. auch eine von der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer eingebrachte Entschließung zum Reichsschulgesetz einstimmig angenommen, die wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Entsprechend dem Vorschlag der zur Vorbereitung der Vorstandswahl eingesetzten Kommission wurden einstimmig zu besoldeten Vorstandsmitgliedern die Genossen Falkenberg, Kotzur, Dr. Völter und Händeler wiedergewählt. Als Tagungsort des nächsten Bundeskongresses wurde einstimmig München festgesetzt. Nach der Erledigung der äußerst reichhaltigen Tagesordnung ergriff Genosse Falkenberg das Schlußwort. Auf diesem Kongreß, so führte er aus, hat die Besoldungsfrage nicht nur im Vordergrunde gestanden, sondern alle Verhandlungen überschattet.

Der Reichsfinanzminister ist nicht erschienen,

entgegen seinem ursprünglichen Versprechen. Wir haben Verständnis für die Arbeitslast eines Ministers, insbesondere eines Reichsfinanzministers während einer Besoldungsreform. Wenn der Herr Minister seine Abwesenheit mit Ueberlastung begründet hätte, wäre das noch zu verstehen gewesen. Wir leben bekanntlich in der Zeit des parlamentarischen Systems. Heißt das etwa, daß der Teil des deutschen Volkes politisch trocken gelegt wird, dem eine am Ruder befindliche Koalition nicht paßt? Heißt diese Art zu regieren, daß die Schichten der Arbeitnehmer, die nicht übereinstimmen mit der Grundmeinung einer bestimmten Regierungskoalition, zu gewerkschaftlicher Abstinenz gezwungen werden sollen?

Druck erzeugt Gegendruck.

Diese Methode wird die Opposition mehr festigen als irgendeine sachliche Unfreundlichkeit auf dem Gebiete der Besoldungsreform, und zwar um so mehr, wenn erst die Auswirkungen dieser Besoldungsreform dem heute noch in einer Art Zulagenpsychose befangenen Beamtenschichten klar geworden sein wird, daß ihr Optimismus ein grundlegender Irrtum war. (Sehr richtig.)

Wir können bei dieser Methode nichts verlieren. Dennoch bedauern wir diesen Zustand, weil er die Interessen der vorwärtsstrebenden Beamtenschaft gröblichst verletzt. Auch auf diesem Kongreß ist, wie auf dem ersten Bundeskongreß, von der Notwendigkeit der Festigung der Republik gesprochen worden. Heißt das etwa Festigung der Republik, wenn man die elementarsten Grundsätze des Rechtes der Mitwirkung der Beamten unterbindet?

Wir gebrauchen eine Praxis, die allen zeigt, daß wir nicht nur denken, sondern auch handeln können! Eine unserer Hauptaufgaben der nächsten Zeit wird es sein, die Fähigkeit aller in der Handhabung der geistigen Waffen auf den höchsten Punkt zu entwickeln. Darum nur kein Schwanken und bängliches Zaudern und vor allem keine Konjunktursuggestion. Wer in der Politik steht, weiß, daß es auch in ihr heißt: heute rot, morgen tot. (Sehr gut!) Wir wollen weder Weltverbesserer in Wolkenkuckucksheim sein, noch uns abschließen von Andersdenkenden. Wir rufen im Gegenteil alle, die gleich uns denken, auf, auch mit uns zu handeln.

Konflikt im rheinischen Braunkohlenbergbau

Um den Achtstundentag.

Die Verhandlungen, die von den Gewerkschaften mit den Unternehmern im rheinischen Braunkohlenbergbau auf Grund der Kündigung des Arbeitszeitabkommens für das linksrheinische Braunkohlenrevier geführt wurden, sind infolge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer gescheitert. Die Erbitterung in den Kreisen der Bergarbeiter ist außerordentlich stark. Es ist damit zu rechnen, daß die Hartnäckigkeit der Unternehmer einen schweren Kampf heraufbeschwört. Wenn es nicht gelingt, bis zum 1. Oktober ein annehmbares Verhandlungsergebnis zu erzielen, dann werden auch im rheinischen Braunkohlenbergbau Arbeitsniederlegungen im größten Maßstabe unvermeidlich.

Verhandlungen in der Herrenkonfektion.

Die Unternehmer auf hohem Roß.

Im Reichsarbeitsministerium haben am Mittwoch Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Herrenkonfektion begonnen. Die vorausgegangenen Verhandlungen der Parteien waren nur rein formaler Natur, da die Unternehmer von vornherein erklärten, sich mit den Arbeitern nicht einigen zu können. Irgendein Angebot wurde von den Unternehmern bei den Parteiverhandlungen nicht gemacht.

Lohnkonflikt in den Konditoreien.

Die Unternehmer wollen nicht zahlen.

Von Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband wird uns geschrieben:

Sonderbare Heilige sind die Konditoreibesitzer. Nachdem der Deutsche Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband, Sektion Konditoren, den bestehenden Tarifvertrag nebst Lohnabkommen gekündigt hat, lehnt die Konditoreiinnung Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrags ab, mit der Begründung, daß der Gewerkverein mit demselben Tarif zufrieden sei und nicht gekündigt hätte.

Der Gewerkverein ist innerhalb des Konditoreipersonals ein ganz unbedeutendes Grüppchen. Wir haben uns stets geweigert, gemeinsame Tarifverhandlungen mit ihm zu führen. Die Innung versuchte bei den letzten Verhandlungen mit allen Mitteln, den Gewerkverein mit heranzuziehen, sie wußte schon warum; aber selbst ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses konnte uns nicht dazu veranlassen. Die Innung hat einfach dem Gewerkverein den mit uns abgeschlossenen Vertrag vorgelegt und der Gewerkverein hat Ja gesagt.

Also weil ein solch sonderbarer Tarifkontrahent zufrieden ist, glaubt die Innung, Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Verhandlungen über Löhne lehnt sie ebenfalls ab, da nach ihrer Meinung die jetzigen Tariflöhne die allgemeinen Handwerkerlöhne überragen. Dabei beträgt für Konditoren, also gelernte Handwerker, der tariflich festgesetzte Lohn im Durchschnitt noch nicht 98 Pf. pro Stunde — da, wo er gezahlt wird. In vielen Fällen haben wir bedeutend niedrigere Löhne festgestellt. Erst vor einigen Wochen mußten wir gegen einen Betrieb vorgehen, in welchem die Verkäuferinnen für 30 M. Monatslohn wöchentlich 119 Stunden arbeiten mußten. Dabei bezahlen die Konditoreibesitzer einem großen Teil des Personals überhaupt keine Löhne. Das Publikum muß durch den Bedienungsaufschlag das Personal selbst entlohnen, wovon noch einzelne Konditoreibesitzer von den Prozenten ihren Anteil verlangen. Daß dabei die meisten Konditoreien noch besonders sich durch Lehrlingsaus—bildung und Einstellung von sogenannten „Volontären" hervortun, nur nebenbei. Wir werden selbstverständlich mit allen Mitteln auch die Meister der süßen Zunft zu Verhandlungen veranlassen. Das Personal muß aber immer mehr darauf bedacht sein, daß seine Interessen nur durch den Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband, Sektion Konditoren, vertreten werden.

Es geht vorwärts!

Voraussetzung ist Solidarität und Organisation.

Im Hüttenwerk Ginsberg in Oberschöneweide hatte der Deutsche Metallarbeiterverband keinerlei Verbindung. Seit einigen Wochen stand die Belegschaft mit der Firma in Lohnverhandlungen. Die Zulage, die die Firma bei einzelnen Gruppen geben wollte, lehnte die Belegschaft ab.

Der Deutsche Metallarbeiterverband wurde daraufhin angerufen. Er hat eine Verhandlung herbeigeführt, wo folgendes Ergebnis erzielt wurde. Vier Prozent auf die bestehende Akkorde, 6 Pf. auf den bestehenden Lohn für alle in Lohn stehenden Arbeiter. In Betracht kommen 250 Kollegen. Dieses wurde in einer Versammlung angenommen. Die Kollegen verpflichteten sich, allesamt dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten.

Verschärfung in Solingen.

Ausdehnung des Streiks.

Solingen, 14. September. (WTB.)

Die von dem Arbeitgeberverband der Solinger Metallindustrie angebotene Lohnerhöhung ist vom Deutschen Metallarbeiterverband und den streikenden Belegschaften abgelehnt worden. Gleichzeitig wurden die Verhandlungen als gescheitert bezeichnet. Die Streikenden wollen für die 20prozentige Lohnerhöhung weiter kämpfen. Die Belegschaften einiger weiterer Betriebe sind inzwischen in den Ausstand getreten.

Nochmals „Hilfsaktion für die Beamten".

In Nr. 400 des „Vorwärts" gaben wir einer Beschwerde darüber Raum, daß im Preußischen Statistischen Landesamt die Zahlung von Unterstützungen abgelehnt worden sei. Hierzu erhalten wir jetzt vom Betriebsrat in diesem Amte (gez. Ernst Sieber) folgende Berichtigung:

„Es entspricht nicht den Tatsachen, daß der Vizepräsident Höpker die Auszahlung der Unterstützungen abgelehnt hat. Wahr ist, daß der Vizepräsident, der von sich aus ohne weiteres weder Unterstützungen gewährt noch ablehnt, beim MdJ., der einzig und allein dafür zuständigen Stelle, vor Monaten um Erhöhung des erschöpften Unterstützungsfonds bat.

Wahr ist, daß darauf das Ministerium im August in einem Erlaß die Amtsleitung anwies, sich bei der Befürwortung von Unterstützungsgesuchen äußerste Zurückhaltung aufzuerlegen, da die dafür vorhandenen Mittel trotz der Erhöhung von 25 Proz. verausgabt seien.

Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß der Vizepräsident es rundweg abgelehnt hat, alle Unterstützungsgesuche weiterzugeben.

Wahr ist, daß der Vizepräsident mit Rücksicht auf den Erlaß des Herrn Ministers mitgeteilt hat, daß er zu seinem Bedauern nunmehr den größten Teil der Gesuche nicht weitergeben kann. Wobei zu berücksichtigen ist, daß mehrere 100 Gesuche eingegangen waren.

Es interessiert vielleicht, wenn wir Ihnen nachstehend die im Haushaltsetat bewilligten Unterstützungen für Angestellte und Beamte ohne jeden Kommentar gegenüberstellen:

für Angestellte:	für Beamte:
M. 2064,— erhöht um 25 Proz.	M. 2800,— erhöht um 50 Proz.
M. 2580,— für ca. 1100 Angestellte	M. 4200,— für ca. 110 Beamte.

Die Erregung der Angestellten gegen den Herrn Minister zu lenken kann unmöglich beabsichtigt worden sein, eine solche besteht auch bei den Angestellten gar nicht. Wir sind der Meinung, daß die in der Notiz angezogenen, dem preußischen Innenminister nicht holden Kreise selbstverständlich außerhalb des Statistischen Landesamts zu suchen sind."

Diese Meinung des Betriebsrats im Preußischen Statistischen Landesamts können wir nach allen Erfahrungen leider nicht teilen.

Deutscher Textilarbeiterverband. Heute 19 Uhr in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (Börsensaal), öffentliche Versammlung der Textilheimarbeiterinnen. Vortrag der Kollegin Elly Niewiera, Gewerbeinspektorin a. D.: „Das Heimarbeiterschutzgesetz." Heimarbeiterinnen der Textilindustrie, wahrt eure Rechte, erscheint zur Versammlung! **Die Arbeiterinnenkommission.**

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, findet folgende Veranstaltung statt: **Bezirk Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15, Hofgebäude, 1 Tr., Thüringenzimmer. Bunter Abend. — Ab 19 Uhr Spielen auf der Spielwiese im Schillerpark. Rasenspiele, Volkstänze, Ballspiele.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Letzter Uebungsabend vor dem Elternabend. — **Köpenick:** Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5. Diskussionsabend: „Warum freie Gewerkschaftsjugend?" — **Lichtenberg:** Gruppenheim Jugendheim Parkaue 10. Volkstanzabend. — **Tempelhof:** Gruppenheim Lyzeum Germaniastr. 4—6. Vortrag: „Berufsschule und Gewerkschaften." — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Vortrag: „Die Bedeutung der Ozeanflüge." — **Gesundbrunnen:** Gruppenheim Rote Schule, Gotenburger Straße. Ein schmutziger Abend. — **Zeppelinplatz:** Jugendheim Turiner, Ecke Seestraße. Wir üben neue Tänze. — **Humboldt:** Gruppenheim Jugendheim Graun-, Ecke Lortzingstraße. Literarischer Abend. — **Baumschulenweg:** Spielen auf dem SMV.-Sportplatz. — **Die Bibliothek** ist morgen, Freitag, von 16—19 Uhr geöffnet. — **Sprechchor:** Die zum Mittwoch, 21. September, angesetzte Probe muß umständehalber ausfallen.

Verantwortlich für Politik: **Richard Bernstein;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **Dr. John Schikowski;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen" und „Frauenstimme".

Unserem Genossen
Felix Hildebrandt
Cauerstr. 29, zum 60. Geburtstage und gleichzeitig zu seiner 30jährig. Parteizugehörigkeit
die herzlichsten Glückwünsche
Die Genossinnen und Genossen der 14. Abt.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher
Heinrich Löther
am 11. September gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 16. September, 16½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Ferner verstarb unser Kollege, der Former
Heinrich Niedting
am 12. September.
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 16. September, 17 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Feilenarbeiter** Achtung!
Donnerstag, 15. September, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85
Branchenversammlung
Tagesordnung: Der Erfolg unserer Lohnforderungen.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
Achtung! **Verwaltungsmitglieder!**
Am Freitag, dem 16. September, keine Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung.
Die Ortsverwaltung.

Wo speist man gut u. billig? Nur Groß-Berlin Alexanderplatz

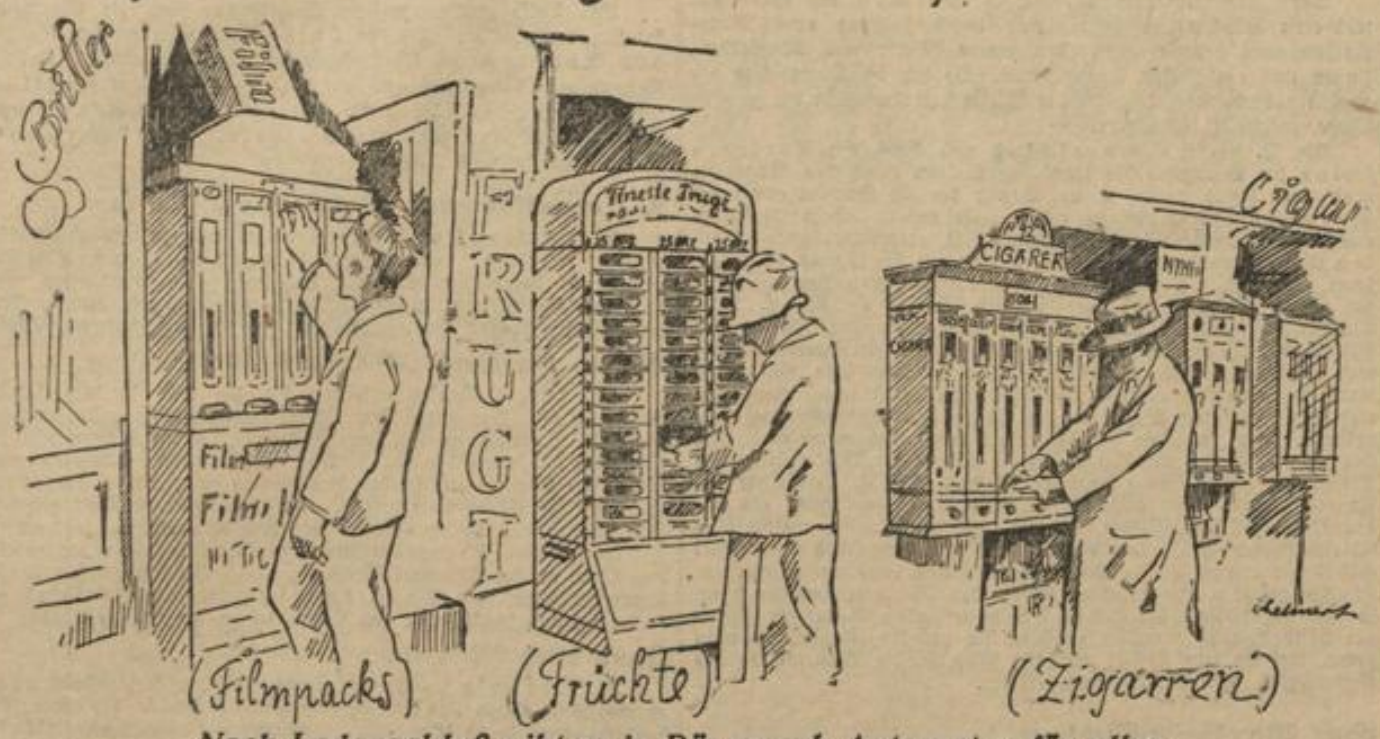
Krause-Pianos zur Miete
W. 0, Ansbacherstr. 1

Geister-Beschwörung.
„Bin erschienen, euch zu sagen, wenn euch Hühneraugen plagen, nehmet „Lebewohl"*)!"
*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** und **Lebewohl-Ballenscheiben,** Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., er ähnlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl in Blechdosen** und weisen andere, angeblich „ebenso gute" Mittel zurück.

ÖFEN
Gegen 12 Monatsraten
Raddatz
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Die kleine Schallplatte
Marke „Regia"
Marke „Truso"
15cm Durchmesser
50 ₰
Kinder-Sprechapparat 2.75
für 15- und 18-cm-Platten, mit auswechselbarer Feder, solide Ausführung
Kinder-Sprechapparat 7.50
mit einer „Hertie"-Schallplatte, 25 cm ⌀
„Hertie"-Spezial-Platten
18 cm 90 Pf. 25 cm 2.25 30 cm 3.25
Grosse Auswahl
Steter Eingang von Neuheiten
Modernes reichhaltiges Programm
HERMANN TIETZ
Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Strasse • Andreasstrasse • Chausseestrasse

Automaten zum Wochenende!



Nach Ladenschluß gibt es in Dänemark Automaten für alles.

Wieder einmal spielt sich der traditionelle Kampf zwischen volkswirtschaftlicher und sozialer Kurzsichtigkeit und dem technischen Fortschritt ab: Der Einzelhandel macht gegen die Absicht, in den Eisenbahnwagen Schokoladen-Automaten aufzustellen, mobil, und hat in der Berliner Industrie- und Handelskammer einen Verfechter seiner rückständigen Anschauung gefunden. Ganz abgesehen von dem Einzelfall der Versorgung des reisenden Publikums mit Schokolade (was, nebenbei gesagt, in der 4. Klasse oft durch Hausierer geschieht), ist die Frage der stärkeren Heranziehung des Automaten zur Befriedigung notwendiger Bedürfnisse so, daß sie einer Erörterung im weitesten Kreise unterliegen sollte. Denn sie ist vor allem dazu bestimmt, die Möglichkeit eines wirklichen „Wochenendes" zu bieten. Wenn der Kleinhandel sich überzeugt, daß der Automat der „stumme Diener" seines Geschäftes ist — was in anderen Ländern, wie z. B. in Dänemark, bereits der Fall ist —, so fällt das letzte Motiv für seinen Widerstand gegen den Schluß des Ladens am Sonnabend mittag fort, nämlich die Sorge um die arme Hausfrau, die plötzlich am Sonnabend nachmittag entdeckt, daß ihr das Salz ausgegangen ist.

Was der freie Sonnabendnachmittag bedeutet, weiß jeder, der sein Wochenende in freier Luft verleben will. Die volle Ausnutzung des Sonntags für die körperliche Erholung wird erst dann gewährleistet, wenn man der Notwendigkeit enthoben ist, kostbare Sonntagsstunden für die Fahrt zu opfern. Die von der Ufa auf der Wochenend-Ausstellung gezeigte Tabelle gibt nun an, daß bei weitem nicht die Hälfte der Arbeitnehmer einen freien Sonnabendnachmittag hat, und daß die Verhältnisse im Handel gerade am ungünstigsten liegen. Es wird daher Aufgabe aller einschlägigen Verbände sein, für den freien Sonnabendnachmittag Propaganda zu machen und die beliebten Einwände der Geschäftsschädigung durch den Hinweis auf die Verwendung der Automaten als Geschäftsfortsetzung zu entkräften. Natürlich müßten auch alle einschränkenden Gesetzesbestimmungen fallen. Die Berliner Kammer täte daher gut, ihr Votum für die Schokoladenverkäufer, die sich durch Automaten in Eisenbahnwagen geschädigt fühlen, zu revidieren. Sie sollte vielmehr Aufklärung darüber verbreiten, daß der moderne Automat berufen ist, der Mitarbeiter des Kaufmanns zu sein, und zugleich der Anschauung ihre Zustimmung geben, daß der Angestellte durch den freien Sonnabendnachmittag ein Plus an Arbeitskraft und vor allem an Arbeitsfreudigkeit gewinnt, was dem Geschäft zugute kommt. Mitglieder einer modernen Handelskammer sollten doch zu erfahren sein, um sich in der Rolle jener Frachtwagenkutscher wohl zu fühlen, die seinerzeit gegen die Anlage von Eisenbahnen protestierten.

Der freie Sonnabendnachmittag wird kommen, wird sich durchsetzen, und der Automat wird sein Helfer sein.

Einen Mann für 15 Mark.

Hinter den Kulissen eines Heiratsbureaus.

Hinter die Kulissen eines Heiratsbureaus ließ gestern eine Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Schöneberg blicken. Die wegen Betruges angeklagte Inhaberin Mila Pratsch hatte während des Aufenthalts in England Gelegenheit, den Betrieb von Heiratsvermittlungen kennen zu lernen, und machte sich daraufhin, als sie nach Deutschland zurückgekehrt wär, auf diesem Gebiete selbständig.

Um Kunden zu bekommen, gab sie dann in Zeitungen Inserate auf, deren Erörterung im Gerichtssaal lehrreichen Aufschluß darüber gab, wie es in manchen Heiratsbureaus gemacht wird. Der eine Teil von ihnen hatte den nicht ganz unbekannten Text: „Für eine Freundin mit 200 000 Mark Mitgift suche ich einen entsprechenden Mann." In dem anderen Teil der Inserate suchte bald ein Professor, bald ein Apotheker oder akademisch gebildeter Kaufmann eine entsprechende Frau. Dieser Professor, Apotheker oder Kaufmann mit der akademischen Bildung war aber gar nicht vorhanden, nicht einmal der Gattung nach, wie der Vorsitzende bemerkte. Deshalb bekamen die Damen, die gern „Frau Professor" oder „Frau Apotheker" werden wollten, und sich in großer Zahl meldeten, eine Adresse von den Herren zugewiesen, die laut ihrer Mitteilung gern die Freundin mit den 200 000 Mark heiraten wollten. Auf diese Weise bekamen dann die männlichen Heiratskandidaten, wenn auch nicht die reiche Freundin darunter war, wenigstens eine reiche Auswahl von Adressen zukünftiger Bräute zugeschickt, denn diese hatten sich in weit größerer Zahl als sie gemeldet. Natürlich geschah dieser Adressenaustausch nicht umsonst. Wer die Dienste der Eheschmiede in Anspruch nehmen wollte, mußte 15 M. „Einschreibegebühr" zahlen, was die Eheschmiede zu einem einträglichen Geschäftsbetrieb machte. Vor dem Gerichtshof erschienen als Zeugen die Besuchsdamen, die aus der eigenartigen Praxis dieses Heiratsvermittlungsbureaus berichteten und eine Anzahl heiratslustige Damen, die sich geschädigt fühlten, weil sie für 15 bis 30 Mark keinen Mann bekommen hätten. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Das Gericht beurteilte den Fall aber milde und verhängte eine Strafe von 500 M. Der Vorsitzende führte in seiner Urteilsverkündung aus, daß die Damen und Herren, die glauben, durch ein solches Heiratsvermittlungsbureau zu einer Ehe zu kommen, sich selbst in die Gefahr begeben, betrogen zu werden. Die Angeklagte habe wohl die Dummheit ausgenutzt, aber großen Schaden mit ihrem Bureau nicht angerichtet, so daß eine Geldstrafe ausreichend sei.

Verschleppt oder . . .?

Wieder ein Hotelpage verschwunden.

An das Schicksal des Pagen Gerhard Schnäpel, der bei Potsdam als Leiche wiedergefunden wurde, nachdem er mehrere Wochen vermißt worden war, erinnert das Verschwinden eines 15 Jahre alten Pagen Kurt Wahlich aus der Scharnweberstraße 124 zu Reinickendorf-West. Kurt Wahlich, der Sohn eines Laboranten, war Page in einem Hotel in der Dorotheenstraße. Hier wurde er vor kurzem entlassen. Wie festgestellt ist, sprach er am nächsten Tage im Seiteneingang eines anderen Hotels in der Dorotheenstraße vor und erkundigte sich, ob dort vielleicht eine Stelle frei wäre. Das war nicht der Fall. Am Nachmittag soll er, nachdem er um 10 Uhr vormittags die elterliche Wohnung verlassen hatte, noch in einem Restaurant in der Belle-Alliance-Straße gewesen sein und angefragt haben, ob er als Kellnerlehrling eintreten könne. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Die Kriminalpolizei hat nun festgestellt, daß der Knabe, während er in dem Hotel in der Dorotheenstraße beschäftigt war, bei Schluß seiner Dienstzeit wiederholt von einem unbekannten Manne erwartet und abgeholt worden ist. Dieser Unbekannte ist etwa 30 bis 40 Jahre alt und 1,75 Meter groß und hat ein schmales Gesicht mit schiefer Nase. Er soll Artist gewesen und früher vom Seil gestürzt sein. Der Mann trug, wenn er den Pagen abholte, einen braunen Anzug. Man befürchtet, daß dieser Unbekannte den Pagen verschleppt hat. Alle Nachforschungen der Kriminalpolizei haben bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Mitteilungen zur Aufklärung über das Auftauchen des Pagen allein oder in Begleitung usw. erbittet Kriminalkommissar Strenge nach Zimmer 330 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 452. Kurt Wahlich ist 1,56 Meter groß und schlank, hat dunkelblondes, links gescheiteltes Haar und ein volles rundes, aber bleiches Gesicht mit hoher Stirn. Er trug eine graue Klappmütze, eine grünliche Windjacke, ein schwarzes Jackett, gestreifte Weste und Hose, ein grüngestreiftes Oberhemd mit weißem steifen Kragen und schwarze Schnürstiefel. Er spricht Deutsch und etwas Englisch. Sein Gang ist aufrecht. Auf der linken Schulter hat er ein walnußgroßes Muttermal. Sein Taschentuch ist K. W. gezeichnet.

Teure Vergeßlichkeit. Der Inhaber der Briefmarkenhandlung Fritz Sachs, Charlottenburg, Kantstr. 13/14, hat in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in einem Kleinauto (Brennabor), das er mit seiner Frau in der Urbanstraße bestieg und bis zu seiner in der Kantstr. 14 gelegenen Wohnung benutzte, eine braune Aktentasche liegen gelassen, in der sich eine Briefmarkensammlung in einem roten vordrucklosen sogenannten Ka. Be.-Album befand. Außerdem waren in der Tasche einige Bücher von Balzac und Bonsel. Die Sammlung enthält u. a. den Satz Dänemark 1. Zone, alle Oesterreich Feldpostsätze, Serbien schräg, Serbien gerade, 1830—1910 komplette Geburtstagsausgabe. Eine große Zahl der Marken trägt auf der Rückseite das Signum G. F. Vor Ankauf wird gewarnt!

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

[Nachdruck verboten

67]

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Koppel

Clyde sprach in einem kläglichen Ton, als er fortfuhr: „Ich ärgere mich, daß ich mich auf dieses Unternehmen eingelassen habe."

„Du wußtest, worauf du dich einließest. Ich habe dir in Chikago nichts verheimlicht. Laß jetzt das Jammern und trage das Mißgeschick wie ein Mann."

„Du glaubst also wirklich, daß wir alles verlieren," fragte Clyde mit ängstlicher Stimme. „Ich glaubte, du habest noch einen Ausweg."

Gleich darauf begann er wieder: „Cherry hat uns ja schon einmal gerettet, warum veranlaßt du sie nicht, daß sie ihren Einfluß auf Marsh geltend macht."

Boyd warf ihm einen scharfen und prüfenden Blick zu.

„Ich meine, daß sie Marsh ebenso wie Hilliard gewinnen kann."

„Ich verbiete dir solche Reden."

„Warum? Habe ich nicht auch das Recht, in dieser Sache ein Wörtchen mitzureden. Habe ich nicht zehntausend Dollar von meinem eigenen Vermögen und fünfundzwanzigtausend außerdem in das Geschäft gesteckt?"

„Das gibt dir kein Recht, eine Frau zu beleidigen."

„Was hat es für einen Zweck, Komödie zu spielen! Du weißt ja ebenso gut wie ich, daß sie Hilliard bearbeitet, und gut bearbeitet hat. Sie würde es auch bei Marsh tun, wenn du sie darum bätest. Denn für dich geht sie ja durchs Feuer."

Boyd unterbrach ihn kurz: „Noch einmal, ich will davon nichts hören. Und wer Cherry Malotte beleidigt, beleidigt auch mich."

Clyde sprang auf und seine Stimme zitterte vor Erregung als er stammelte: „Du bist schuld, Boyd, wenn ich mein Geld verliere. Entweder mußt du uns aus der Patsche helfen oder meine Aktien kaufen."

„Du weißt ja, daß ich sie nicht kaufen kann."

„Dann verkaufe ich sie an den ersten besten Liebhaber, ich will mein Geld nicht verlieren. Aber vergiß nicht, daß ich sie dir zuerst angeboten habe."

„Sie können einen großartigen Coup machen," sagte Fraser, „wenn Sie Ihre Aktien Marsh anbieten."

„Das will ich auch," erklärte Alton.

„Du würdest dich wirklich solcher schmutzigen Handlung schuldig machen?" fragte Emerson schnell.

„Warum nicht? Wenn du nicht meinen Rat befolgen willst. Du arbeitest mit dem Geld anderer Leute und dir ist es einerlei, ob das Unternehmen glückt oder nicht. Wenn es mißglückt, wirst du wahrscheinlich mit etwas anderem beginnen."

„Geh!" befahl Boyd in einem Ton, daß der andere mit komischer Hast gehorchte.

Fraser unterbrach die Stille, die auf den Abgang des jungen Mannes gefolgt war. „Eine feine Nummer! Er hat achtzehn feine Westen und trägt das Taschentuch in der Manschette. Das hat mich von vornherein gegen ihn eingenommen."

„Hast du Cherry gekannt, bevor sie nach Kalvik kam?" fragte Boyd, indem er seinen Blick fest auf Fraser richtete.

„Nur ganz flüchtig."

„Wo hast du sie getroffen?"

„In Rome, in dem Jahr, als das Gold dort entdeckt wurde."

„Was trieb sie dort?"

„Sie betrieb ihr Geschäft." Frasers Augen waren jetzt so ausdruckslos wie gewöhnlich.

„Was weißt du von ihr?"

„Ich weiß, daß eine Menge Männer für sie durchs Feuer gehen würden."

„Was sonst?"

„Sonst? Daß sie eine sehr schöne Frau ist —"

„Ja, ja. Aber, was weißt du von ihr selbst. Wer ist sie? Und was hat sie für eine Vergangenheit?"

„Hör mal, lieber Freund, ich bin ein sehr schlechter Detektiv," gestand Fraser. „Wenn ich Talent hätte, in anderer Leute Angelegenheiten zu schnüffeln und auf Klatsch zu hören, dann würde ich es weit gebracht haben."

Trotz dieses indirekten Vorwurfes würde Boyd ihn vielleicht noch weiter ausgefragt haben, wenn Balts schwere Schritte nicht in diesem Augenblick draußen zu hören gewesen wären. Gleich darauf trat der große Fischer ins Zimmer.

„Was hast du in den Fallen gefunden," fragte Emerson eifrig.

„Nichts," sagte George barsch, „unsere Falle ist verstopft." Mit heftigen Gebärden zog er seine Gummistiefel aus und schleuderte sie unter die Bank.

„Wie geht es den Fischern in den Booten?"

„Nicht sonderlich. Marshs Leute versuchen, unsere Fischer, die die Netze auswerfen, zu umringen, und wir haben nicht genug Boote, um uns selbst zu beschützen. Ich frage dich, Boyd, wie lange wollen wir uns diese Behandlung noch gefallen lassen?"

Da sah Emerson, der am Fenster stand, etwas, das ihn stutzig machte. Draußen auf dem ruhigen Wasser näherte sich die Barkasse, mit der Cherry einige Stunden unterwegs gewesen war — und sie war voll von Männern; und nicht nur die Barkasse selbst war vollbesetzt, sondern hinterher kam eine lange Reihe Kanus, wie der Schwanz eines Drachen, und auch diese waren mit Männern besetzt.

„Seht nur!" rief Boyd. „Cherry hat Mannschaft verschafft!" Die Stimme versagte ihm und er stürzte zur Tür, während George ans Fenster lief.

„Bei Goot, es sind Indianer," brüllte der Riese, und ohne sich Zeit zu lassen, seine Stiefel anzuziehen, stürzte er barfüßig hinter Boyd und Fraser her; die drei Männer erreichten das Dock noch rechtzeitig, um Cherry die Treppe hinaufzuhelfen.

„Was bedeutet das," fragte Boyd sie atemlos. „Wollen diese Leute für uns arbeiten?"

„Dazu sind sie gekommen," sagte Cherry strahlend.

Hinter ihr schwärmte eine Schar schrägäugiger, kupferfarbiger Aleuten an Land. Die, die achtern in den Kanus gesessen hatten, lösten die Taue und ruderten an Land.

„Ich habe fünfzig Männer mitgebracht, die besten, die zu haben waren."

Fraser schlug sich auf die Schenkel, daß es knallte, und fluchte fürchterlich. Boyd ergriff Cherrys Hände und drückte sie fest.

„Cherry, Sie sind ein Engel!" Seine Stimme bebte vor Dankbarkeit.

„Danken Sie mir nicht," sagte Cherry, „es ist Constantines Verdienst."

„Aber ich begreife nicht — es sind doch Marshs Leute."

„Das wohl, aber weil ich vorigen Winter, als sie hungerten, gut gegen sie war, sind sie meiner Aufforderung gefolgt. Sie arbeiten nicht so gut wie Weiße, aber es ist das beste, was ich schaffen konnte." Sie lachte vergnügt, reichlich belohnt von dem Ausdruck in Boyds Gesicht. „Aber gebt mir jetzt etwas zu essen, ich habe einen Wolfshunger."

Als George erst die Lage erfaßt hatte, wurde er sofort Anführer der Indianer; verteilte die Mannschaft an ihre Posten und gab ihnen Werkzeug. Das Unmögliche war eingetroffen, und es hatte den Anschein, als ob sie dennoch siegen würden.

Während der kühlen, dämmernden Nachtstunden flensten und schnitten die Indianer, während das große Gebäude von dem Rasseln der Maschinen und dem zischenden Geräusch der Lötfeuer widerhallte.

(Fortsetzung folgt.)

Er suchte Kautionen.

Gefängnis für einen Schwindler.

Mit den umfangreichen Betrügereien des angeblichen Fabrikanten Karl Möricke hatte sich das erweiterte Schöffengericht Lichtenberg zu beschäftigen. Der Angeklagte hatte es verstanden, sich an den sauer ersparten Groschen arbeitsloser Leute, die eine Stellung suchten und Kaution stellen mußten, zu vergreifen.

Der Angeklagte betrieb in Weißensee eine Fruchtsaftpresserei, die in einem kleinen, unscheinbaren Raum untergebracht war, in dem auch gleichzeitig eine Bäckerei betrieben wurde. Möricke rief Filialen ins Leben, für die er Filialleiter und Filialleiterinnen suchte, die eine hohe Kaution stellen mußten. So engagierte er kurz hintereinander vier Frauen, denen er insgesamt 2700 M. abnahm. Er gab sich stets den Anschein eines wohlhabenden Mannes und behauptete, eine Großbäckerei mit 18 Filialen zu besitzen; das war aber nicht der Fall. Ferner stellte er für seinen zweifelhaften Betrieb nach und nach zwei Kassierer, einen Boten und einen Meister ein, denen er Kautionen in Höhe von 600, 800, 1000 und 1500 M. abnahm. Jedem sicherte er ein Gehalt zu. Hatten die Leute tatsächlich bei ihm gearbeitet, so erhielten sie keinen Lohn, noch bekamen sie, wenn sie ausscheiden mußten, ihre Kautionen zurück. Ein Kassierer, der 600 M. Kaution stellen mußte, hatte während seiner Tätigkeit bei dem Angeklagten ganze 2,50 M. einkassiert. Die Filialen, die eröffnet wurden, gingen nach ganz kurzer Zeit wieder ein, denn M. dachte gar nicht daran, sie so mit Ware zu beliefern, wie er sich verpflichtet hatte. M. hatte neun Personen um insgesamt 7600 M. gebracht, die er mit zweifelhaften Mädchen verjubelte, trotzdem er seit 14 Jahren verlobt und Vater von vier unehelichen Kindern ist. Erst im Februar dieses Jahres wegen der gleichen Tat mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, erkannte diesmal das Gericht nach neunstündiger Verhandlung wegen Betruges in acht Fällen gegen ihn auf 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis. M. wurde sofort verhaftet.

Opfer der Großstadt.

Einen tragischen Tod fand gestern nachmittag der 9jährige Schüler Hermann Michaelis aus der Müggelstraße 19 zu Lichtenberg. Der Junge kletterte mit mehreren Spielkameraden auf dem Geländer der Treptower Eisenbahnbrücke herum. Er verlor plötzlich den Halt und stürzte kopfüber in die Spree. Auf die Hilferufe der Kinder machten sich vorbeifahrende Schiffer an das Rettungswerk, doch leider ohne Erfolg. Der alarmierten Feuerwehr gelang es, den Ertrunkenen nach einiger Zeit zu bergen. Die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht.

In der Gleimstraße ereignete sich gestern um 15 Uhr ein tödlicher Straßenunfall. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes unter der Gleim-Brücke wurde der 54jährige Arbeiter Jakob Appel aus der Finnländischen Straße 11 von einem Geschäftsauto angefahren und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte trug einen doppelten Schädelbruch davon und verstarb an der Unfallstelle, noch bevor ein Arzt zur Stelle war. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

In der Emser Str. 19 zu Neukölln wurden gestern nachmittag Hausbewohner auf einen verdächtigen Gasgeruch aufmerksam, der aus der Wohnung der 43jährigen Lehrerin Else Gölze drang. Man verschaffte sich gewaltsam Einlaß in die Wohnung und fand in dem völlig mit Gas angefüllten Schlafzimmer die Wohnungsinhaberin bewußtlos auf. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt konnte noch nicht ermittelt werden.

*

Ein schweres Brandunglück trug sich in der gestrigen Nachmittagsstunden in der Graetzstraße 12 in Treptow zu. Die 64jährige Witwe Berta Schulte verbrannte in dem Zimmerofen eine alte Matratze. Plötzlich schlugen mehrere Stichflammen heraus und erfaßten die Kleider der Frau. Durch die Hilferufe wurden Nachbarn alarmiert, die herbeieilten. Frau Sch. hatte jedoch bereits so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie bewußtlos zu Boden sank. Die Feuerwehr sorgte für ihre Ueberführung in das Urban-Krankenhaus, wo sie sehr bedenklich darniederliegt. Das Feuer, das sich weiter auszudehnen drohte, konnte sehr schnell gelöscht werden.

Der Prozeß gegen den Potsdamer Justizobersekretär

Am 6. Oktober beginnt vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht der Prozeß gegen den Justizobersekretär Erich Riesner vom Potsdamer Amtsgericht, der beschuldigt ist, in den Jahren 1925/26 fortgesetzt als Beamter Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen hatte, unterschlagen zu haben, und zwar indem er in Beziehung auf die Unterschlagung die zur Eintreibung oder Kontrolle der Einnahmen bestimmten Register und Bücher unrichtig führte, unrichtige Auszüge aus diesen Registern und Büchern machte und unrichtige Belege vorlegte. Weiter wird Riesner vorgeworfen, die ihm amtlich anvertrauten Bücher und Register gefälscht zu haben, und zwar, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen und fortgesetzt handelnd als Beamter Urkunden, die ihm amtlich anvertraut und zugänglich waren, vorsätzlich beiseite geschafft zu haben, und zwar, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Die Verteidigung des seit ¾ Jahren in Untersuchungshaft sitzenden Justizobersekretärs hat Rechtsanwalt Giesen-Potsdam übernommen.

Verhafteter Unterstützungsschwindler.

Ein Unterstützungsschwindler, der geraume Zeit in Berlin sein Unwesen trieb, ist jetzt in Hamburg festgenommen worden. Ein 29 Jahre alter Freiherr Wolfgang-Dietrich von Landenberg, der in der Yorckstraße 98 wohnte, schrieb an verschiedene Leute, daß es ihm schlecht gehe, daß er aber Aussicht habe, sich eine Existenz zu schaffen. Er habe sich als Kraftwagenführer ausgebildet und die Prüfung bestanden. Um Chauffeur werden zu können, fehle ihm nur noch die passende Kleidung. Zu ihrer Beschaffung erbat er sich eine Unterstützung, die ihm in vielen Fällen auch in Beträgen von 30—50 Mark gewährt wurde. Er dachte aber gar nicht daran, Chauffeur zu werden, sondern lebte von den Spenden einen guten Tag. Als er nun merkte, daß sich jemand, der mißtrauisch geworden war, nach ihm in der Yorckstraße erkundigt hatte, verschwand er aus Berlin nach Hamburg und setzte dort seine Schwindeleien fort. Hier wurde er aber gefaßt und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Weitere Betrogene, die dem sehr gewandten Manne in Berlin ins Garn gegangen sind, werden ersucht, sich bei der Dienststelle D. 2 im Polizeipräsidium zu melden.

Der Streit um das WC.

Auch eine Folge der Wohnungsnot.

Der Hauseigentümer D., der in Barmen ein Haus mit mehreren Stockwerken besitzt, war durch Vertrag vom Mietseinigungsamt gezwungen worden, einem Mieter zwei Mansardenstuben und ein Klosett einzuräumen. Da sich im Dachgeschoß ein Klosett nicht befindet, benutzte der Mieter das Klosett in der zweiten Etage, welche D. bewohnte.

Als D. das Klosett verschloß und durch ein Vorlegeschloß die Benutzung des fraglichen Klosetts durch den Mieter zu verhindern suchte, wurde D. auf Grund der für Barmen erlassenen Wohnungsmangelverordnung mit Strafe belegt. Sein Einspruch wurde vom Amtsgericht verworfen, da D. verpflichtet gewesen sei, dem ihm zugewiesenen Mieter ein Klosett zur Verfügung zu stellen, denn nach dem vom Mietseinigungsamt festgelegten Vertrage habe der Mieter Anspruch auf zwei Wohnräume und ein Klosett. Diese Entscheidung focht D. durch Revision beim Kammergericht an und hob hervor, das Mietseinigungsamt habe in dem Zwangsmietvertrag nicht bestimmt, welches Klosett der Mieter benutzen solle. In seinem Hause befinden sich verschiedene Klosetts; da das Mietseinigungsamt nicht ein bestimmtes Klosett für den Mieter der Mansardenwohnung bestimmt habe, so fühle sich der Angeklagte nicht verpflichtet, dem Mieter sein Klosett zur Verfügung zu stellen; der Mieter hätte das Klosett der ersten Etage benutzen können. Der 3. Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück und führte u. a. aus, nach dem Zwangsmietvertrage sei eine Wohnung für den Mieter im Mansardengeschoß hergerichtet und ihm u. a. zwei Wohnräume und ein Klosett zugesprochen worden; sei nicht gesagt worden, welches Klosett der Mieter zu benutzen habe, so hätte der Besitzer des Hauses dem betreffenden Mieter ein Klosett zur Mitbenutzung zuweisen müssen. Da der Angeklagte dies nicht getan, sondern sein Klosett versperrt habe, sei die Verurteilung des Angeklagten ohne Rechtsirrtum erfolgt.

Eine Altersheim-Siedlung.

In der Schönholzer Heide, auf einem 14½ Morgen großen Gelände, zwischen Podbielski-, Cotta- und Danckelmannstraße, will der Magistrat aus Stiftungsmitteln eine Gruppe von Stiftshäusern bauen. Jedes Haus soll höchstens 30 Einzelzimmer mit kleinen Küchen und Zubehör erhalten. Die ganze Anlage ist für 200 Personen geplant, doch soll zunächst nur für 100 Personen gebaut werden. Der „Wald" wird dort in einen Park umgewandelt, wobei die im Bebauungsplan vorgesehene Reußstraße wegfällt. Das für die Stiftshäuser in Aussicht genommene Grundstück ist noch Eigentum des Forstfiskus und gehört zu den Flächen, über deren Austausch gegen städtisches Forstland Verhandlungen mit dem Fiskus schweben. Der Fiskus ist jetzt bereit, dieses Grundstück an die Stadt zu verkaufen.

Ostseewochenendzug auch am 17. September. Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß der seit Juli regelmäßig verkehrende Wochenendsonderzug zweiter bis vierter Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen nach Swinemünde—Carlshagen auch noch am kommenden Sonnabend/Sonntag, dem 17 bis 18. September, verkehren wird. Der Zug fährt ab Berlin, Stettiner Bahnhof, 14.30 Uhr, an Swinemünde 18.23 Uhr, an Ahlbeck 18.32 Uhr, an Heringsdorf 18.37, an Carlshagen 19.49 Uhr. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag so, daß der Zug gegen Mitternacht wieder in Berlin ist. Fahrkarten bei der Fahrkartenausgabe des Stettiner Bahnhofs sowie bei den vier Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus, Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Unter den Linden 57/58.

Eine unzeitgemäße Tafel. Aus Leserkreisen wird uns mitgeteilt: An der Ecke der Rudower Chaussee steht zur Warnung für Wagenlenker eine Tafel, deren Text lautet: „Kaiserlicher Automobilklub von Deutschland", quer über die Tafel ein S (Kurve) und unten links: „Gestiftet von . . ." Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die Reklametafel der verstoßenen Monarchie durch eine andere zeitgemäße zu ersetzen.

Funkwinkel.

Die Sehnsucht nach einem eigenen Heim führte den wie Pilze aus der Erde schießenden Heimstättensparkassen ihr Publikum zu. Dr. Paul Kaßner warnte in seinem Vortrag davor, leichtgläubig und ohne genaue Prüfung der Grundlagen in solche Kassen Geld einzuzahlen. Sonst könne es geschehen, daß der Sparer nicht nur in seiner Hoffnung auf ein eigenes Heim betrogen werde, sondern daß er auch noch seinen Geldeinlagen nachtrauern müsse. Den Beamten ist eine sichere Möglichkeit zur Schaffung von Eigenheimen durch das Beamtenheimstättengesetz geboten. Durch regelmäßige Gehaltsabzüge wird hiernach ein Sparguthaben zur Errichtung eines Eigenheimes aufgesammelt. — Ueber „Vermeidbare Hautkrankheiten" sprach Dr. Theodor Maner. Viele hautreizenden Substanzen, Pflanzenteile, fabrikneue Stoffe, scharfe Seifen und Salben vermögen mehr oder weniger hartnäckige Hautkrankheiten hervorzurufen, die bei einiger Vorsicht sich vermeiden ließen. Auch Diätfehler oder Infektionen rächen sich bisweilen durch Hautleiden. — Der Abend brachte Negerlieder und Gedichte. Utica Jubilee-Singer boten Negervolkslieder in den Urformen. Neben Gesängen, die sich durch den eigentümlichen, und erst durch die Jazzmusik vertraut gewordenen Rhythmus auszeichneten, standen andere, die deutlich die Verwandtschaft der Völker aller Länder und Rassen in ihren Volksliedern zeigten. Meinhard Maur bot mit Rezitationen, vor allem mit von Claire Collm ausgezeichnet übersetzten Negerdichtungen, eine wertvolle Ergänzung des Abends. Tel.

Die japanische Katastrophe.

Der Umfang der Schäden.

Tokio, 14. September.

Dem Polizeibericht zufolge werden die Verluste infolge des Taifuns und der Flutwelle in der Präfektur Kumamoto auf **719 Tote, Verletzte oder Vermißte** geschätzt. **1850 Häuser sind zerstört.** Ungeheure Flächen Land sind überschwemmt und **37 Fischdampfer verloren. Der Schaden wird auf 20 Millionen Yen** geschätzt.

Aus Tokio werden weitere Einzelheiten über die Sturmflutkatastrophe gemeldet. Auf der Insel Kiushiu werden bis jetzt 300 Tote gezählt. 1000 Personen werden vermißt. In der Gegend von Yokohama und Tokio fällt gegenwärtig sintflutartiger Regen. In Tokio stehen mehrere Stadtviertel unter Wasser. In Kioto zählt man 270 Tote, in Nakamura und Nahaimi je 1000 Tote.

Die amerikanischen Weltflieger in Tokio.

Wie „Exchange" aus Tokio berichtet, sind die beiden amerikanischen Weltflieger Brock und Schlee mit ihrem Flugzeug „Stolz von Detroit" gestern nachmittag in Tokio eingetroffen. Obwohl die Bevölkerung durch die Taifunverwüstungen stark in Mitleidenschaft gezogen ist, wurden die Flieger begeistert empfangen.

Wo ist der Herr „Mayor"?

Ein lustiges Stückchen leistete sich die Post in dem Kurort Karlsbad. Von einer New Yorker Bankfirma ging der dortigen Post ein Schreiben zu mit der Anschrift: „To the Mayor, City of Carlsbad, Czechoslovakia." Die Postbeamten studierten nun fleißig die Kurliste und fanden in derselben einen Herrn Mayor aus Zeuthern bei Baden eingetragen. Da der Herr aber schon abgereist war, sandte man ihm den Brief nach, doch kam derselbe nach einiger Zeit an die New Yorker Bankfirma zurück. Die Firma sandte nun den Brief an ihren Prager Vertreter, und dieser fand, daß mit dem Herrn „Mayor" der Bürgermeister der Stadt Karlsbad gemeint sei und schickte nun das Schreiben an die richtige Adresse.

Fund alter Münzen.

In Stabnitz, nahe der nordböhmischen Kohlenstadt Brüx, wurde dieser Tage ein interessanter Fund gemacht. In einem besonders alten, durch seine dicken Steinmauern auffälligen Gebäudeteil der Wirtschaft des Gemeindevorstandes, wo man vor etlichen Jahrzehnten einmal in einem Hohlraum altes Getreide gefunden hatte, schlug ein Arbeiter bei den Niederreißungsarbeiten mit der Hacke ein Gefäß entzwei, aus dem zahlreiche Münzen hervorkollerten. Der Topf, den man leider zerschlug, enthielt über 200 Münzen. Des Wertes unbewußt, wurde der Fund sofort unter die Arbeiter und die Besitzerin verteilt. Es handelt sich um Zweidrittel- und Eindrittelthaler aus dem Jahre 1660 bis 1680. Eine Münze ist aus dem Jahre 1572. Alle Stücke sind prächtig erhalten.

Großfeuer in einem Gefängnis.

Barmen, 14. September.

Im Zentralgefängnis Luettringhausen brach in der vergangenen Nacht in einem Flügel, in dem eine Schreinerei untergebracht ist, aus noch unbekannter Ursache ein Brand aus. Das Feuer fand an den großen Holzvorräten und Möbeln reiche Nahrung. Die Feuerwehr konnte nur mit Mühe ein Uebergreifen des Feuers auf die mit Gefangenen belegten Gebäude verhüten. Fünf bis sechs Waggons Holz und sämtliche Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Personen kamen nicht zu Schaden.

Neun Arbeiter verletzt. Im Hamburger Hafen explodierte auf dem Dampfer „Grenade" eine Kiste, die Zündhölzchen enthielt. Ein Arbeiter wurde schwer, acht andere leicht verletzt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Donnerstag, 15. September. Friedrichshain: 18 Uhr Handballspieler auf dem Sportplatz. **Alexrahof** (Kameradschaft): Bei Prinzgut, Sebastr. 3, Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden Pflicht. — **Freitag, 16. September. Friedrichshain:** 19½ Uhr sämtliche Sportler in der Turnhalle Memeler Straße. Uebungen für den republikanischen Tag. **Friedrichsfelde:** 20 Uhr Monatsversammlung bei Schwarz, Caprivialleee. Erscheinen aller Kameraden notwendig. — **Köpenick:** Sonnabend, 17. September, Stiftungsfest des Musikvereins „Echo" im Restaurant Uhlenhoek. Die Kameraden werden aufgefordert, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Bund der Freidenkerjugend, Ortsgruppe Groß-Berlin. **Gruppe Osten:** Donnerstag, 15. September, 20 Uhr, im Jugendheim Litauer Str. 18, „Unsere Gegner". — **Gruppe Norden:** Freitag, 16. September, 20 Uhr, im Ledigenheim Pappelallee 15, Liederabend.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. 20. Bezirk (Wittenau): Donnerstag, 15. September, 20 Uhr, im Wittenauer Vereinshaus, Oranienburger Straße, öffentliche Versammlung gegen „Reichsschulgesetz und Konkordat". — **20. Bezirk (Glienicke a. d. Nordbahn):** Sonnabend, 17. September, 20 Uhr, öffentliche Versammlung gegen „Reichsschulgesetz und Konkordat" im Lokal Beth, Wilhelmstraße. — **12. Bezirk:** Freitag, 16. September, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung im Albrechtshof, Steglitz, Albrechtstr. 1b. Bericht von der Bezirkskonferenz. Mitgliedbuch legitimiert.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Gruppe Norden. Zusammenkunft Donnerstag, 15. September, 20 Uhr, im Ledigenheim Schönstedtstr. 1. Vortrag des Genossen Rudert: „Rationalisierung."

Verband sozialistischer Abstinenten. Zusammenkunft Sonnabend, 17. September, 19 Uhr, im Jugendheim Yorckstr. 11, 2. Hof, Fabrikgebäude. Georg Davidsohn liest vor!

Ortsverein Berlin im Verband Volksgesundheit. Donnerstag, 15. September, 19½ Uhr, Ifflandstr. 9, Mitgliederversammlung. — **Jugendgruppe Osten:** Freitag, 16. September, 19½ Uhr, Gaßlerstr. 61, Diskussionsabend über „Was uns die Natur erzählt". — **Jugendgruppe Süden:** Freitag, 16. September, 19½ Uhr, Neukölln, Schierkestr. 44, Jugendmitgliederversammlung.

Normungsbestrebungen in der Glühlampentechnik haben zu einer Einheitsreihe der Osram-Lampe geführt. Die neuen Osram-Lampen dieser Reihe (15, 25, 40, 60, 75, 100 Watt) für alle normalen Beleuchtungszwecke bedeuten einen wichtigen Fortschritt. Es wird in ihnen ein formbeständiger Wendeldraht verwendet, der die Wirtschaftlichkeit der Lampe erhöht, d. h. es wird bei gleichem Stromverbrauch ein größerer Lichtstrom erzeugt als mit Lampen früherer Ausführung. Auch die Lichtverteilung ist durch die Verwendung des Wendeldrahtes und seine geschickte Anordnung günstiger für Beleuchtungszwecke. Vorteilhaft ist auch die gefällige Birnenform der Lampe, die sich jedem Beleuchtungskörper gut anpaßt, sowie die zweckmäßige Einheitspackung zur erleichterten Aufbewahrung. Fortschrittlich vervollkommnet in jeder Beziehung zeigt sich also die neue Osram-Lampe, weshalb sie berufen ist, alle anderen Ausführungsarten zu verdrängen. D.—

An Bord der „Nassau" 1918

Tagebuchnotizen eines Heizers.

Ueber die Veranlassung zur Festsetzung der Offiziere und der panikartigen Vorgänge hierbei erfahren wir am nächsten Tage folgendes:

Als die Nachricht von der beabsichtigten Sprengung kam, eilten die Leute von der Versammlung an Bord und alarmierten die Besatzung, soweit diese auf dem Schiffe war. Einige Leute eilten nach achtern zu den Offizieren und gaben ihnen zu verstehen, daß sie verhaftet seien. Einem Feuerwerksmaaten wurde von einem Offizier eine Pistole vor den Kopf gesetzt. Auf einen anderen Kameraden wurden in einer Offizierskammer gleich zwei Pistolen angeschlagen. Nachdrängende Leute schlugen die Pistolen zurück. Die Offiziere wurden entwaffnet und an Land geführt. Die Offiziere hatten — entgegen ihrem abgegebenen Ehrenwort — noch Waffen gehabt. Ein Leutnant bat den ihn verhaftenden Heizer, ihn nochmals auf die Kammer zu lassen, da er noch einige Familienbilder mitnehmen wolle. Gleich darauf hört der Heizer aus der Kammer einen Schuß, stürzt hinzu und findet den Offizier in seinem Blute. Er hatte sich selbst eine Kugel in den Kopf gejagt. Dieser Fall war der einzige mit blutigem Ausgange.

Der Schuß wurde sowohl an Bord, als auch an Land gehört. Während die an Bord befindlichen Leute glaubten, die Offiziere hätten von Land aus nach uns geschossen, wurde von den Leuten an Land angenommen, es wäre aus der Offizierskammer heraus geschossen worden. Beide Seiten machten sich deshalb klar zum Feuern. Ich bin der Ueberzeugung, daß es zu einem Blutbade gekommen wäre, wenn von irgendeiner Seite in der allgemeinen Verwirrung noch ein Schuß abgegeben worden wäre.

Am nächsten Morgen wurde dann die rote Flagge gesetzt. Der Kommandant war nicht mit von Bord gegangen, sondern hatte erklärt, er verlasse das Schiff nicht. Im Laufe des Tages hatte er zu verschiedenen Malen Weinkrämpfe bekommen und wurde deshalb auf das ebenfalls im Kanal liegende Schulschiff „Hessen" gebracht. Nachmittags wurde die Steuerbordseite (wir lagen mit der Steuerbordseite dem Lande zu) gefechtsklar gemacht, da Readsburger Husaren gegen uns im Anzuge sein sollten.

Gegen Abend hieß es: „Alle Mann achteraus!" Unser Führer, der oben erwähnte Feuerwerksmaat, sagte uns, daß der Vertreter von „Nassau" in der Versammlung die Erregung bei uns wegen der Flagge geschildert habe und ihm erklärt worden sei, wir sollten die Handelsflagge setzen. Diese Maßnahme sollte gleichzeitig bezwecken, daß die Offiziere und der Kommandant wieder an Bord geholt werden könnten, da sie sonst von uns an Land verpflegt werden mußten.

Nachdem der Feuerwerksmaat geendet, ergriff unser Bootsmann, ein alter Soldat mit schon ergrautem Haar, das Wort und führte aus: „Obgleich Deckoffizier, bin ich nicht gegen euch. Wir Deckoffiziere haben selbst genug unter dem alten System zu leiden gehabt. Oft genug ist es vorgekommen, daß wir in der Stadt, bei einem Ausgang mit der Familie, das Trottoir verlassen mußten, sobald sich ein Offizier näherte. Vielmals hätte man der Vater eines solchen Offiziers sein können. Das erstaunte und verwunderte Aufblicken der Kinder, das unangenehme Gefühl, die Familie sich selbst überlassen zu müssen, war nicht erhebend. Solche Fälle, abgesehen von den übrigen unwürdigen Notwendigkeiten des bisherigen Systems, sollen euch sagen, daß wir selbst eine Aenderung wünschen und nicht gegen euch sind. Ich bitte euch, mir Glauben zu schenken. Ich bin heute beim Kommandanten auf der Kammer gewesen (auf „Hessen"). Der Mann ist tatsächlich gebrochen. Ihr habt durch eure Meinung selbst bewiesen, daß die Flagge es allein nicht tut. Wie kann überhaupt eine andere Formation, die sich an Land befindet, wissen, was uns Seeleuten die Flagge ist. Ich bitte euch, nach dem Setzen der Handelsflagge sofort unseren Kommandanten benachrichtigen zu dürfen, damit er auch eine Freude hat."

Die Erlaubnis wurde ihm gegeben und die Handelsflagge gesetzt. Der Kommandant jedoch ließ sagen, er würde nicht eher an Bord kommen, bis die Kriegsflagge wieder gesetzt sei.

Abends wurde wieder gepfiffen: „Alle Mann achteraus!" Beim Schein einer Taschenlampe verlas ein Mann der von uns nach Kiel geschickten und eben wieder zurückgekehrten Kommission das Programm der Kieler Besatzung, das sich im wesentlichen mit dem unseren deckte. Sodann gab er bekannt, daß der Abgeordnete Noske, der in Kiel die Sache leitete, ihm vollständige Freiheit in bezug der Flagge gelassen habe. Wir könnten seinetwegen die rote oder die weiße oder die Kriegs- oder die Handelsflagge, oder wenn es uns Spaß mache, auch alle zusammen setzen. Da die Flaggenfrage bei uns schon brennend geworden war, wurde beschlossen, am nächsten Morgen die Kriegsflagge wieder zu setzen und so den Offizieren jeden Grund zu nehmen, gegen uns zu arbeiten.

Der nächste Tag brachte denn auch in aller Frühe die Flaggenparade wie vorgesehen, sowie eine Ansprache des zurückgekehrten Kommandanten. Seine Rede war so gehalten, daß man einen versteckten Angriff gegen uns heraushören konnte.

Für diesen Tag war ich als Freiwächter beurlaubt. Als wir abends 11 Uhr wieder an Bord wollten, konnten wir aus der Entfernung sehen, daß bei uns die Scheinwerfer klar, und später, daß alle Mann achteraus waren. Ehe wir jedoch an Bord kamen, waren die Leute schon wieder weggetreten. An Bord angekommen, erfuhren wir, daß die Ruhe, die vormittags geherrscht, schon wieder weg war. Der Kommandant hatte in einer Ansprache erklärt, der Soldatenrat habe ihm nichts zu sagen, sondern ihn höchstens zu bitten, so, wie sich das ihm gegenüber gezieme. Etwas Näheres konnte ich nicht in Erfahrung bringen. Da eine große Anzahl Leute an Land gewesen war, sollten auf Veranlassung des Kommandanten am nächsten Morgen noch mal „alle Mann achteraus", jedenfalls zu dem Zwecke, um den alten Zustand vor der Umwälzung wieder herzustellen.

Am nächsten Morgen, gleich nach „Backen und Banken" wurde die Rede des Kommandanten nochmals besprochen. Wir kamen zu folgendem Ergebnis: Alle, die zum Kommandanten stehen, gehen achteraus; alle, die mit dem Soldatenrate sind, gehen auf die Back!

Nicht lange darauf wurde gepfiffen: „Alle Mann achteraus!" Wie verabredet, versammelten sich jedoch Mannschaft und Unteroffiziere sowie einige Deckoffiziere auf der Back. Hier wurde jeder nochmals aufgefordert, dahin zu gehen, wohin sein freier Entschluß ihn wiese, mit der Bemerkung, daß alle, die nicht mit uns seien, binnen drei Stunden von Bord zu gehen hätten. Gleich zu Beginn erschien der erste Offizier und fragte, ob er als Vertreter des Kommandanten einige Worte an die Leute richten könne. Unser Vorsitzender fragte darauf: „Kameraden, wollt ihr ihn hören?" Einstimmig erschall der Ruf: „Nein, wir wollen nichts mehr hören!" Nach dieser Kundgebung entfernte sich der erste Offizier wieder. Es wurde sodann beschlossen, an die Offiziere folgendes Ultimatum zu stellen: „Die Offiziere sollen sich entweder uns anschließen oder binnen drei Stunden ohne Ausweis und Papiere von Bord gehen."

Der Kommandant sowie der erste Offizier fuhren zur Beratung zum Geschwaderchef nach „Ostfriesland", kamen jedoch nicht wieder zurück. Die Offiziere, die ohne Mitwirkung des Kommandanten keine Erklärung abgeben wollten, erhielten die Erlaubnis, während der Fahrt nach W.haven, die nachmittags stattfinden sollte, an Bord zu bleiben, durften sich jedoch nicht mehr frei bewegen. Die Deckoffiziere hatten sich uns angeschlossen und taten Offiziersdienste.

Nachmittags fuhr das Geschwader aus in die Nordsee. „Nassau" als drittes, da man uns offenbar nicht traute. Wir hätten sonst in der üblichen Reihenfolge als letztes Schiff fahren müssen. Während der Fahrt waren, wie gesagt, unsere Offiziere achtern interniert, im Gegensatz zu den übrigen Schiffen, deren Kommandant auf der Brücke war. Die Führung unseres Schiffes hatte der Steuermann und ein Lotse. Ich kann wohl sagen, daß sämtliche Manöver, teilweise mit Musik ausgeführt, ebenso klappten wie früher. Schon vor dem Auslaufen aus dem Kanal einigten wir uns, die rote Flagge zu setzen. Die Besatzungen der in Cuxhaven liegenden Schiffe begrüßten uns begeistert, so daß fast jede Minute ein dreifaches „Hurra" erscholl.

Die Nacht verlief ruhig. Morgens, Sonntag, lagen wir auf Wilhelmshavener Reede. Frühzeitig liefen wir ein, begrüßt von den hier liegenden Schiffen. Für Sonntag nachmittag war ein Umzug der gesamten Marine und Bevölkerung nach dem großen Platz der Matrosendivision angesetzt. Ein nicht übersehbarer Zug bewegte sich zur festgesetzten Zeit nach dem Platze. Jede Abteilung mit Musik. Flugzeuge begleiteten uns und warfen Flugblätter ab. Die auf dem Platze versammelten Personen wurden auf etwa 100 000 geschätzt. Die Dächer der umliegenden Gebäude, die Bäume, jeder höher gelegene Platz war besetzt. Verschiedene Redner unterrichteten die Anwesenden von den Ereignissen.

Nach den Ansprachen wurde unter Kanonenschüssen — die letzten, die ich vernommen — die letzte Kriegsflagge auf dem Kommandanturgebäude niedergeholt. Ein allgemeiner Taumel hatte die Leute erfaßt. Die Freude über das nunmehrige Kriegsende kam abends noch einmal zum Ausdruck, als gegen 7 Uhr die Flotte ein Feuerwerk veranstaltete, das kein Ende nehmen wollte. Die Sirenen und Heuler der Schiffe gaben dazu eine gewaltige, wenn auch keineswegs melodische Begleitung. Ich habe das Feuerwerk später in einer Nummer der Berliner „Illustrirten" im Bilde gesehen.

Es sind dieses ungefähr die Vorgänge beim ersten Geschwader. Heute sind die Aussichten auf eine gute Zukunft — wir schreiben den 8. Dezember 1918 — keineswegs gute. Mögen unsere Kriegsgegner unseren guten Willen anerkennen und uns eine Lebensmöglichkeit lassen!

Die rote Fahne.

Ein Streifzug durch ihre Geschichte.

Von Felix Fechenbach.

Als in den ereignisreichen ersten Novembertagen des Jahres 1918 die Matrosen und Heizer des dritten deutschen Geschwaders über die Admiralsrebellion gesiegt und die Sache des Volkes zu der ihren gemacht hatten, hißten sie die rote Fahne. Und von Kiel aus nahm sie in schnellem Lauf ihren Weg durch ganz Deutschland.

Aber nicht immer war die rote Fahne Symbol für den Befreiungskampf des Proletariats. Sie ist erst geschichtlich geworden, was sie heute ist.

Unter Karl dem Großen war sie das Zeichen des Blutbannes, das heißt, der Gerichtsbarkeit über Leben und Tod der Untertanen. Dann blieb die rote Fahne jahrhundertelang Symbol der absoluten Königsmacht und wurde oft genug das Zeichen für die ungehemmte Auswirkung dieser Macht gegen das Volk. Noch im 18. Jahrhundert, wenn hungrige Bauern und verelendete Handwerksgesellen im alten Frankreich gegen ihre Peiniger rebellierten, verhängten die königlichen Beamten den Kriegszustand und das Standrecht; und als Zeichen der an kein Gesetz gebundenen königlichen Gewalt entrollten sie die rote Fahne.

Selbst während der großen französischen Revolution sehen wir die rote Fahne noch einmal diese Rolle spielen. Das Volk von Paris hatte sich am 17. Juli 1791 auf dem Marsfeld zu einer großen Kundgebung gegen das Königtum versammelt. Nationalversammlung und Munizipalität widersetzten sich. Der Kriegszustand wurde zum Schutz des Königtums und des neuerstandenen Großbürgertums verhängt. Lafayette und Bailly erschienen mit Militär auf dem Marsfeld. Bailly ließ die rote Fahne als Zeichen des Kriegszustandes entrollen, und tausendstimmig gellte ihm der Ruf aus der Menge entgegen: „Nieder mit der roten Fahne!" Lafayette antwortete mit Gewehren und ließ in die dichtgedrängte Menge feuern. Viele Tote und Verwundete kostete dieses Gemetzel auf dem Marsfeld, mit dem eine Periode der offenen Reaktion eingeleitet wurde.

Aber schon am 10. August 1792 trat die entscheidende Wendung ein, die auch für die Geschichte der roten Fahne bedeutungsvoll wurde. Der König saß noch immer in den Tuilerien und war bemüht, die Hilfe fremder Staaten gegen die Revolution zu gewinnen. Ein neuer Aufstand wurde geplant, wobei auch der Gedanke auftauchte, die rote Fahne zu einem Symbol des revolutionären Volkes umzuwandeln. In den Erinnerungen Chaumettes (später Generalanwalt der Pariser Kommune) wird darüber berichtet: In dem Klub der Cordeliers (dort sammelte Danton seine Anhänger) gab es verschiedene Ausschüsse, die den Aufstand vorbereiteten, unter ihnen auch einen, der für rote Fahnen mit der folgenden Aufschrift zu sorgen hatte: „Standrecht des Volkes gegen den Aufruhr des Hofes", und unter dieser Fahne hatten sich die wirklichen Republikaner zu sammeln, die einen Freund, ein Kind, einen Verwandten zu rächen hatten, der am 17. Juli auf dem Marsfeld ermordet wurde.

Auch der Jacobiner Carra bestätigt im wesentlichen diese Darstellung, und als sich das Volk von Paris am 10. August erhob, die Tuilerien besetzte, die Absetzung und Gefangennahme des Königs erzwang, marschierten seine Massen zum ersten Male hinter der roten Fahne. Sie verschwand bald wieder und wurde von der Tricolore abgelöst. Erst in der Februarrevolution 1848 tauchte die Erinnerung an den 10. August 1792 wieder im Bewußtsein der revolutionären Massen auf, und am 25. Februar erschienen proletarische Barrikadenkämpfer vor dem Pariser Stadthaus und forderten von der provisorischen Regierung die Erklärung der roten Fahne zum Nationalsymbol Frankreichs. Doch die Mehrheit der provisorischen Regierung lehnte ab. Aber den kämpfenden Massen blieb die rote Fahne revolutionäres Symbol. Die Kubisten erzwangen die Errichtung von Nationalwerkstätten durch bewaffnete Demonstrationen unter der roten Fahne, und als es durch Schließung der Nationalwerkstätten zu schweren Kämpfen kam, stiegen die Arbeiter unter roten Fahnen auf die Barrikaden.

In Deutschland stand 1848 die Revolution unter dem Zeichen von Schwarzrotgold. Aber auch damals tauchte vereinzelt die rote Fahne auf. So beim Sturm auf das Berliner Zeughaus am 14. Juni und im badischen Septemberaufstand.

Während der Pariser Kommune 1871 war die rote Fahne beherrschend, und General Vergeret nahm sie gelegentlich einer Ansprache an die Nationaltruppen gegen die Diffamierung der Reaktion in Schutz: „Diese Fahne ist nicht das Symbol von Blut, Anarchie und Verwirrung, sie ist das reine Sinnbild des Volkes."

Das reaktionäre Bürgertum hat die Kommune in Blut erstickt und die rote Fahne als Symbol der Anarchie verleumdet. Aber trotz aller Schmähungen des Bürgertums gegen die rote Fahne ist sie doch das reine Zeichen des Befreiungskampfes aller Schaffenden geblieben. Rote Fahnen wehten an den geschichtlichen Novembertagen 1918 in Kiel von den deutschen Kriegsschiffen, rote Fahnen wehten, als am 7. und 9. November das deutsche Proletariat marschierte. Rote Fahnen wehen überall, wo das Proletariat für Recht und Freiheit, für Frieden und Sozialismus kämpft. Tausendfach geheiligt ist uns die rote Fahne durch die Kämpfe der Vergangenheit und der Gegenwart. Und so rein, wie wir sie übernommen haben, wollen wir sie bewahren und vorwärtsstürmen mit ihr, bis wir sie einst kämpfend und siegend durch die Tore einer neuen Freiheit tragen können.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnst., 15. 9. 27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
Anf. 7½ Uhr
Die verkaufte Braut

Donnst., 15. 9. 27
Städtische Oper
Bismarckstr.
Turn.lil, Anf. 7½
Djamileh

Staatl. Schauspielh.
Am Gendarmenmarkt
8 Uhr
Florian Geyer

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Im weißen Röß'l

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Ein Sommernachtstraum.

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
George Dandin

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 Uhr
Troilus u. Cressida
Schauspiel von Shakespeare

Theater des Westens
Täglich 8½ Uhr:
Die Tugendprinzessin
Hella Moja, Arthur Hell, Marlene Ludwig, Martin Kettner, Edith Karlo, Revier, H. Lindschitz
Preise 1. 2. 3 M. usw.

Kammerspiele
Norden 10334—37
8½ U. Ende 10½ U.
Ihr Mann
Lustspiel von Paul Gavault

Garnisonstheater
Th. Königgrätz. St.
Hasenh. 2110. 8 U.
Der dreimal tote Peter

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8½ Uhr, Ende 10½
Zinsen
Komödie von Bernard Shaw

Komödienhaus
Norden 6304. 8 U
Gastspiel des Moskauer künstlerischen Theaters „Habima"
Donnerstag bis Sonntag:
Jakobs Traum.

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
8 Uhr
Hoppla, wir leben!
von Ernst Toller
Inz. Erwin Piscator
Lachinger, Steinrück, Wallhausen, Busch, Graetz, Gramsch, Hannemann, Holinsen, Sima, Steckel.

Berliner Theater
Dönhoff 170. 8 U.
Léonie

Walhalla-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde
Ein Spiel von Liebe, Lenz und Wein
mit Gesang u. Tanz.
Parkett statt 4 Mk. tägl. auch Sonntags **nur 60 Pf.**

Grosses Schauspielhaus.
Tägl. 8 U. Ende 11 U.
DER MIKADO
Die neue **CHARELL-Inszenierung** mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Szöke Szakall
Werkmeister
Westermeier
—
Jackson Boys
Sunshine Girls
—
Stg. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorst. zu halben Preisen
Vorverkauf 10—6 Uhr

Rose-Theater
8¼ Uhr:
Die Frau ohne Kuß.

Trianon-Theater
Täglich 8¼ Uhr:
Erika Glässner
in einer ihrer **Paraderollen**
Kopf oder Schrift
Lustspiel v. Verneuil
Eugen Jensen, Willi Endtresser, Vogt, Hildebrandt, Arnim

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
„Filmromantik"

Planetarium am Zoo
Vorführg. Joachimsthaler Straße
Noll. 1578
Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator
Vorführungen:
4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Kinder unt. 15 Jahren 0,50 M.

Neues Theater am Zoo
Dir.: Richard Gerlach
8¼ Täglich 8¼
Stürmische Heiterkeit!
Drei lustige Komödien
von Thoma

Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn

Salisbury-Bühne
Dtsch. Künstler-Th.
8 Uhr
„Die Dame von Maxim"

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Die neue
HALLER-REVUE
„Wann und wo!"
2 Sonntag Vorstellung. 3 Uhr u. 8¼ Uhr Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis

Lessing-Theater
8 Uhr
„König Heinrich IV"

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U.
Elite-Sänger
in ihrem Schlager-Programm!
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntagnachmittag:
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.
Größter Lacherfolg!

8 UHR SCALA
Nollendorf 7360
Die September-
Varieté-Revue

Trabrennen Mariendorf
Donnerstag, den 15. September 1927
nachm. 2 Uhr

Für die Billigkeit einer Ware ist nicht nur der Preis ausschlaggebend, sondern vor allem die Qualität. Deshalb ziehen tüchtige Hausfrauen die Feinkostmargarine „Blauband" allen anderen Marken vor.

Blauband frisch gebürstet

1/2 Pfund 50 Pfennig.

Kunstseide
nach dem Waschen schöner als vorher ...

Haben Sie schon einmal ein farbiges Kunstseidenstück mit PERSIL gewaschen? Bitte achten Sie darauf, wie frisch und lebhaft die Farben nach dem Waschen leuchten! Kunstseide wird am besten in kalter Persillauge gewaschen und auch kalt gespült; dem Spülwasser gibt man zweckmäßig etwas Küchenessig bei.

Persil
ist das ideale Waschmittel auch für Kunstseide.

Der Sonderzug zur GUGALI
nach **Liegnitz** fährt am **Sonntag, dem 18. September,** früh von dem Fernbahnsteig der Stadtbahn. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße 6.31 Uhr, Schlesischer Bahnhof 6.46 Uhr. Fahrpreis: Hin- und Rückfahrt 12 Mark.
Vorher wird für alle Interessenten am **Donnerstag, 15. Septbr., abds. 8 Uhr** (20 Uhr), der
GUGALI-KULTURFILM
mit herrlichen Gartenbildern
im Bankettsaal des „Rheingold", Potsdamer Straße 3, vorgeführt. Den erläuternden Vortrag dazu hält der Gugali-Pressechef Herr **Redakteur Eckart**
Eintritt frei! Eintritt frei!

CASINO-THEATER 8 Uhr
Ihr dunkler Fleck
Ausscheiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

Reichshallen-Theater
Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß: **Eine Hochzeit in der Müllerstraße**
Nachmittags: **Halbe** Preise, **volles** Programm.
Dönhoff-Brett'l:
Varieté, Konzert, Tanz

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und **billig!**

8 Uhr Winter Variete Garten
Rauchen gestattet
Jasma Selim
und Dr. Ralph Benatzky

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75 L.

Die **Hose**
von
BAER SOHN
A. G.
BERLIN N.4. Chausseestr. 29/30
für jedermann.

Kammgarnartiger gestreifter Satin.
Mk: 4,60

Kammgarnartiger gestreifter Satin
Gladbacher Kammgarn
Mittelnetzgestreifter Satin
Elegante Cuthosen
Mk: 6,50
Mk: 8,-
Mk: 10,50
Mk: 10,50

SPORTBREECHES
aus halbwollenen Stoffen Mk: 5,50

Lohndruckoffensive der Unternehmer.

Angedrohte Stillegungen als Druckmittel. – Schwerindustrie für Preiserhöhungen

Durch die Entwicklung des Preisniveaus ist die organisierte Arbeiterschaft zu Tarifkündigungen und Lohnkämpfen gezwungen. Das Preisniveau hat seit Beginn dieses Jahres eine außerordentliche Steigerung erfahren. Durch die Erhöhung der Mieten am 1. Oktober werden die Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft weiter verteuert werden. Diese Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfs hat die breiten Massen ihres Anteils an der günstigen Konjunktur beraubt.

Das Institut für Konjunkturforschung hat kürzlich festgestellt, daß das Realeinkommen der Arbeiter-, Angestellten und Beamtenschaft durch die vergangene und kommende Entwicklung der Preise sinken wird. Für den Zeitpunkt ihrer Kämpfe hat die Arbeiterschaft keine Wahl. Wie der Unternehmer nur in der Konjunkturblüte seinen Vorteil suchen kann, kann auch die Arbeiterschaft nur bei günstiger Konjunktur ihren Anteil an dem wachsenden Sozialprodukt sich zu sichern suchen. Außerdem sind die Lohnbewegungen eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Steigende Preise bedeuten sinkendes Realeinkommen und auf die Dauer Drosselung des industriellen Absatzes.

Die Gesundheit der Konjunkturentwicklung ist bei dieser Lage nur durch Lohnerhöhungen sicherzustellen. In der gegenwärtigen Lage der deutschen Volkswirtschaft, wo die Verschuldung der Industrie gegenüber dem Auslande immer größeren Umfang annimmt, ist der Kampf um den Lohn auch eines der wichtigsten Mittel, um die Unternehmer zur Wirtschaftlichkeit bei der Verschuldung zu zwingen.

Im Gegensatz dazu fehlt bei den Unternehmern im allgemeinen jede Einsicht in diese Zusammenhänge. An den wenigen Punkten, wo die staatliche Aufsicht die Preisbildung kontrollieren kann, bei Kohle und Kali, wurde nur mit größter Mühe eine Preissteigerung vermieden. Die trotzdem erzielten außerordentlich großen Gewinne werden in unwirtschaftlicher Weise zur Ausdehnung der finanziellen Machtstellung oder, wie bei der Kohle, zu volkswirtschaftlich sinnlosen Ausbauten der Produktionsanlagen verwendet. Nicht die Rentabilität der Industrie wird durch Lohnbewegungen gefährdet, wie fälschlich behauptet wird, sondern es wird unzweckmäßigen Kapitalsanlagen entgegengewirkt. Wo das aber praktisch in Erscheinung tritt, drehen die Unternehmer unter dem Vorwand der Rationalisierung den Spieß um und suchen die Arbeiterschaft mit der Androhung von Stillegungen einzuschüchtern.

Ein ganz besonders skandalöser Fall wird jetzt aus dem Ruhrgebiet gemeldet.

Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. hat beschlossen, die Zeche Rheinelbe bei Gelsenkirchen stillzulegen.

Es handelt sich dabei um eine der besten Zechen des Ruhrgebietes, auf deren Schultern Kirdorf mit seiner Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. groß geworden ist und deren Kohlenflöze besonders stark sind und eine günstige Lagerung haben. Beschäftigt werden auf der Zeche zurzeit noch etwa 1500 Mann. Die Stillegung soll bis zum 1. April 1928 durchgeführt werden. Ganz ähnlich wie im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau erklärt worden ist, daß die Braunkohlenwerke zum Kampfe gezwungen seien, weil Lohnerhöhungen ohne Ausgleich im Kohlenpreis nicht zu tragen seien, wird die Stillegung der Rheinelbe begründet. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schreibt: „Fortgesetzte Lohnerhöhungen ohne den Ausgleich in der Kohlenpreiserhöhung haben auch diese Zeche, die nicht am Rande, sondern im Herzen des Ruhrbergbaues liegt, zur Strecke gebracht." Damit ist das eigentliche Ziel, das mit der Stillegung verfolgt wird, enthüllt. Die bisher abgelehnte

Kohlenpreiserhöhung soll auf dem Wege über den sozialen Druck erzwungen werden.

Man wirft 1500 Bergarbeiter auf die Straße, was die schwerste Belastung der Wohngemeinden zur Folge hat. Man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, indem man durch die Stillegung auch die Gewerkschaften unter Druck zu setzen hofft. Man zieht den Termin der Stillegung weiter hinaus, um die Wirkung der Drohung — denn eine solche ist es zunächst — abwarten zu können.

Auf der anderen Seite aber hat derselbe Ruhrmontantrust **Millionen und aber Millionen, um neue Schächte abzuteufen und neue Koksofenbatterien zu bauen.** Mag es sein, daß technische Gründe viele dieser Neubauten notwendig machen. Kein Zweifel darüber aber ist, daß der massenhafte Neubau von Koksöfen der Jagd um eine erhöhte Koksquote dienen, die dem Einzelunternehmen vielleicht nützlich, volkswirtschaftlich aber ein Unsinn ist. Ebenso ist Geld genug vorhanden, um neue Schächte abzutäufen in demselben Augenblick, indem man eine hochleistungsfähige Zeche stillegen will; wiederum nur aus dem Grunde, die Kohlenquote im rheinisch-westfälischen Syndikat zu erhöhen. Während über die bedrohte Rentabilität des Kohlenbergbaues Zeter und Mordio geschrien wird, ist man auf dem besten Wege, dem Kohlenbergbau das gleiche Schicksal zu bereiten wie seinerzeit dem Kalibergbau.

Die Oeffentlichkeit kann nicht nachdrücklich genug auf das verbrecherische Spiel hingewiesen werden, das hier von der Schwerindustrie gespielt wird. Die Arbeiterschaft wird sich durch solche Drohungen nicht einschüchtern lassen. Die Reichsregierung aber muß aufgefordert werden, Mittel und Wege zu finden, der sinnlosen Kapitalsverschwendung im Bergbau ein Ende zu setzen. Nur so ist es möglich, daß auch die Lohnkämpfe in Deutschland jene Wirkung erzielen, die für die Gesunderhaltung der Gesamtwirtschaft unentbehrlich ist.

Weiter steigender Güterverkehr.

Während von manchen interessierten Stellen schon seit Wochen die weitere Konjunkturentwicklung schwarz in schwarz gemalt wird, hat bei der Reichsbahn eine auffallende Belebung des Güterverkehrs eingesetzt. In der Woche zum 3. September ist die arbeitstägliche Wagengestellung wieder um 1100 auf 153 100 gestiegen.

Tabellarische Uebersicht seit Juli (in 1000 Stück):

Woche	wöchentlich 1927	wöchentlich 1926	durchschnittlich pro Arbeitstag 1927	durchschnittlich pro Arbeitstag 1926
26. 6.— 2. 7.	886,1	743,1	147,7	123,8
3. 7.— 9. 7.	894,6	758,5	149,1	126,4
10. 7.—16. 7.	902,4	774,8	150,4	129,1
17. 7.—23. 7.	901,7	780,7	150,3	130,1
24. 7.—30. 7.	911,4	789,3	151,9	131,6
31. 7.— 6. 8.	897,3	775,5	149,6	129,3
7. 8.—13. 8.	896,0	785,1	149,3	130,9
14. 8.—20. 8.	894,6	800,4	149,1	133,4
21. 8.—27. 8.	912,0	828,3	152,0	138,1
28. 8.— 3. 9.	918,4	824,6	153,1	137,4

Von einer Woche im Mai 1927 abgesehen, muß man schon zur Glanzzeit des englischen Kohlenstreiks, zum November vorigen Jahres zurückgreifen, um ähnlich hohe Ziffern des Güterverkehrs wie in den beiden Wochen vor dem 3. September festzustellen.

Verbot der Roggenausfuhr gefordert. Wir haben in der letzten Zeit zahlreiche Zuschriften empfangen, kennzeichnenderweise aus Handels- und Handwerkskreisen, die übereinstimmend ein Verbot der Getreideausfuhr, insbesondere für Roggen, verlangen. Die organisierte Arbeiterschaft wird zu dieser Frage noch einiges zu sagen haben. Jetzt hat der Ausschuß der bayerischen Müllereien, der Bayerische Bäckerinnungsverband, der Bezirksverband Bayern des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine und der Bayerische Konsumvereine in einem Telegramm an den Reichsernährungsminister sofortige Maßnahmen gegen eine weitere Ausfuhr einheimischen Brotgetreides nach dem Auslande verlangt. Wie zuletzt mitgeteilt wurde, befindet sich der Reichsernährungsminister im Zustand der Erwägungen. Er soll beabsichtigen, die Geltung der Getreideeinfuhrscheine wieder außer Kraft zu setzen.

Der Anteil der öffentlichen Hand an der englischen Wirtschaft. In einem in der Sommerschule der englischen liberalen Partei gehaltenen Vortrag machte der bekannte englische Nationalökonom J. M. Keynes sehr interessante Mitteilungen über die rapide Ausdehnung der im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen Anlagen und Unternehmungen. Die sozialisierten, halbsozialisierten und anderen staatlich kontrollierten Unternehmungen, sowie die unter Ausschaltung des Profitstrebens wirkenden Organisationen haben in England gegenwärtig bereits ein Kapital von 3,5 Milliarden Pfund Sterling (70 Milliarden Mark), darunter etwa 200 Millionen Pfund die gemeinnützigen Baugenossenschaften, ebensoviel die Konsumgenossenschaften, etwa 100 Millionen die Dock- und Hafenanlagen usw. Das Kapital der Eisenbahnen, die sich in England in Privatbesitz befinden, ist nicht hinzugerechnet, doch stehen auch die Eisenbahnen in bezug auf ihre Tarifpolitik und Lohnpolitik unter staatlicher Kontrolle. Ungefähr zwei Drittel des Gesamtkapitals der englischen Großunternehmungen befinden sich gegenwärtig im Besitz der öffentlichen Hand. Keynes sieht zwar die Unzulänglichkeit der Betriebsführung der öffentlichen Hand in vielen Fällen, doch glaubt er diese leicht ausschalten zu können, wenn die öffentlichen Unternehmungen geschäftsmäßig geführt und die Auswahl der leitenden Persönlichkeiten auf breiter Basis und richtig getroffen wird. „Weshalb könnten die Unternehmungen des Staates nicht ebenso gut geleitet werden wie die staatliche Verwaltung?" fragt Keynes. Im übrigen haben die großen privaten Monopolorganisationen, bei denen die Aktionäre nichts mehr hineinzureden haben und gar nicht auf dem laufenden gehalten werden, die Vorteile, welche der privaten Unternehmertätigkeit immer zugeschrieben werden, eingebüßt. Keynes fordert eine weitgehende Aufklärung der Oeffentlichkeit über die Geschäftsführung der Monopole. Die Verbraucher haben das Recht, zu wissen, welche Profite von den Monopolorganisationen erzielt werden. Er macht dann eine Anzahl Vorschläge, wie die Kontrolle der Oeffentlichkeit über die Kartelle durch laufende Berichte und staatliche Erhebungen ausgebaut werden soll.

10 Proz. Dividende für Minimax-Feuerlöscher — Geschäftsausdehnung in Amerika. Die Minimax-A.-G., Berlin, der große Konzern für Feuerlöschapparate und Inhaber wertvoller Patente, verteilt an seine Aktionäre wieder 10 Proz. Dividende. Aufträge liegen für mehrere Monate vor. Mit der New Yorker „Pyrene Manufacturing Co." ist ein Arbeitsabkommen geschlossen worden, nachdem in New York zur Verwertung der Minimaxpatente eine gemeinsame Fabrik gegründet wird (Pyrene Minimax Corporation-New York), an der beide Gesellschaften zur Hälfte beteiligt sind. Dieser neuen Ausdehnung des Konzerns dient offenbar die jetzt durchzuführende Kapitalerhöhung, die das Kapital der Minimax-A.-G. von 2,44 auf 4,00 Millionen bringt.

400 Millionen deutsche Kommunalanleihen in New York. Die Vereinigten Staaten haben in der Nachkriegszeit in wachsendem Maße ausländischen Städten Anleihen gewährt, die nach amerikanischen Berechnungen die Summe von etwa 2 Milliarden Mark ausmachen. Neben den südamerikanischen Kommunen marschieren die deutschen Städte mit fast 400 Millionen Anleiheschulden an der Spitze. Es handelt sich um elf Einzelanleihen deutscher Städte und vier kommunale Sammelanleihen. Die Gesamtanleihen außerdeutscher europäischer Städte betragen fast eine Milliarde Mark.

Wachstum der Konsumgenossenschaften.

Neuer Aufstieg im zweiten Vierteljahr 1927.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine berichtet jetzt über das vergangene zweite Vierteljahr 1927. Wie zu erwarten war, ist ein weiterer starker Aufschwung der Geschäfte erfolgt. In 648 berichtenden Genossenschaften ist zwar zum Ende des zweiten Vierteljahres 1927 die Zahl der Mitglieder von 3 145 840 auf 2 919 142 zurückgegangen. Dieser Rückgang erklärt sich aber nur aus der Streichung jener Papiersoldaten, die zählten, ohne zu kaufen und zu zahlen. Da zum 30. Juni die Listen endgültig bereinigt wurden, tritt diese Streichung jetzt um so deutlicher in Erscheinung.

Dagegen hat sich der Gesamtumsatz im eigenen Geschäft bei den berichtenden Genossenschaften von 206,2 auf 232 Millionen gegenüber dem ersten Vierteljahr erhöht. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist eine Umsatzsteigerung von über 47 Millionen Mark zu verzeichnen. Der Umsatz je Mitglied ist auf 79,48 Mark gestiegen gegen 65,55 M. im ersten Vierteljahr und 58,35 M. im zweiten Vierteljahr 1926. Die Gesamtsumme der Geschäftsguthaben ist von 36,60 auf 37,87 Millionen erhöht gegenüber 28,39 Millionen im zweiten Vierteljahr 1926. Bei den Spareinlagen zeigt sich wieder eine ganz bedeutende Erhöhung. Ihre Gesamtsumme ist in dem einen Vierteljahr von 159,89 auf 175,42 Millionen gestiegen, wovon nur 41,81 Millionen durch Aufwertung entstanden sind. An neuen Spareinlagen sind infolgedessen 133,61 Millionen zu verzeichnen.

Der Bericht des Zentralverbandes weist darauf hin, daß nach dem Tempo des Einlagenzuwachses in fünf bis sieben Jahren mit rund einer Milliarde Spareinlagen im Zentralverband zu rechnen sein wird. Er weist mit Nachdruck auf die neuen Probleme hin, die der Konsumgenossenschaftsbewegung bei der Verwertung dieser Gelder erwachsen. In erfreulich klarer Weise wird die Notwendigkeit entwickelt, eine konsumgenossenschaftliche Hypothekenbank mit diesen Spargeldern zu finanzieren, um nicht nur die Bau- und Siedlungsgenossenschaften zu befruchten, sondern auch den Konsumvereinsmitgliedern unter bestimmten Voraussetzungen Kleinhypotheken zum Erwerb eines Eigenheims zur Verfügung zu stellen. Wir haben schon früher diesen außerordentlich fruchtbaren und sehr zeitgemäßen Gedanken auch auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten begrüßt. Wir hoffen, daß er bald zur praktischen Ausführung gelangen möge.

2069 neue Mitglieder, 21 Proz. Umsatzsteigerung bei der KGB.

Die ersten Monate des 29. Geschäftsjahres haben der Konsumgenossenschaft Berlin wieder sehr günstige Ergebnisse gebracht. Das beweist, wie der Gedanke der Selbsthilfe der Verbraucher immer stärker an Boden gewinnt. Im Monat August erwarben 2069 Familien die Mitgliedschaft; diese Aufnahmeziffer ist die höchste, die seit der Inflation in einem Monat zu verzeichnen war. Sie fällt um so mehr ins Gewicht, als die Sommerzeit weniger zu Werbezwecken ausgenutzt werden kann. Der Mitgliederbestand steigerte sich auf 132 041.

Im Gesamtumsatz zeigte der August eine Steigerung von 21 Proz. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres; es wurden 3 380 796,99 M. erzielt gegenüber 2 793 841,49 M. im Vorjahr; die Zunahme beträgt demnach 586 955,50 M. Die stärkste prozentuale Umsatzerhöhung weisen mit 58 Proz. die genossenschaftlichen Warenhäuser auf. Der Durchschnittsumsatz je Mitglied belief sich auf 25,53 M. Die Sparkasse der Konsumgenossenschaft Berlin schloß am 30. Juni mit einem Bestand von 15 929 204,81 M. Die Zunahme der Sparkasseneinlagen (Einzahlungen abzüglich Auszahlungen) belief sich im Juli auf 629 876,20 M. und erreichte im August 699 399,19 M., so daß Ende August ein Bestand von 17 258 480,20 M. verbucht werden konnte. Bemerkenswert ist, daß im August die Einzahlungen erstmalig eine volle Million Mark überschritten.

Das Abgabestellennetz der Konsumgenossenschaft Berlin erfährt eine Erweiterung durch die am 20. September erfolgende Eröffnung der 16. Fleischabgabestelle in Berlin SO., Admiralstraße 6.

Riesenfusionen japanischer Spinnereien in China. Gegen die Arbeiter! Aus Schanghai wird gemeldet, daß die dortigen in japanischen Händen befindlichen Spinnereien fusionieren sollen. Es würde sich um etwa 15 Spinnereien in Schanghai und Umgegend mit einem Gesamtkapital von 100 Millionen Yen handeln. Als Grund der Fusion werden die Schwierigkeiten angegeben, unter welchen die japanischen Fabriken zurzeit arbeiten. Sie glauben durch den Zusammenschluß eine geschlossene Front gegenüber den chinesischen Arbeitern bilden zu können. Auch andere japanische Spinnereien, besonders in Tsingtsau und im Süden, sollen fusioniert werden, falls die Konzentration in Schanghai Erfolg hat. — Nur erfreulich, daß Lohnkämpfe der Arbeiterschaft auch in China das Privatkapital zu Nationalisierungsmaßnahmen zwingt.

Fv
BERLIN Leipziger Straße 29-33
Gränfeld ist führend, billig und gut!
Davon sollten Sie sich überzeugen.
Gränfeld
Landeshuter Leinen- u. Gebildweberei. Größtes Sonderhaus für Leinen u. Wäsche

Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Resi" verlange man gratis den neuesten Band der Resi-Hausbücherei! Vertreter der V.M.W. Nürnberg: Resi-Agentur, Berlin NO 43, Neue Königstr. 37. Tel.: Königstadt 1865, 1866, 1867.

Sport.

Ringkämpfe im Sportpalast.

Auch der Montag brachte wieder spannende Kämpfe. Hans Kawan-Wien warf den Kölner Deble mit Kopfzug bereits in der zehnten Minute. Der Westfale Naber erlag dem stärkeren Gegner R. Grüneisen durch doppelten Armzug. Kraft gegen Kraft stand im Treffen Prochaska (gegen ihn müßten die verschärften Kampfbestimmungen voll zur Anwendung gelangen) und dem Deutsch-Polen Pinczki, beide schieden nach den ersten Gängen mit Unentschieden. Bei den Mittelgewichtlern zwang der Pariser Favre den Schlesier Pogrzeba schon nach 15 Sekunden mit Hüftschwung und Kopfgriff unter sich. Der Westfale Kochanski fiel einem Armzug des jungen G. Grüneisen in der 17. Minute zum Opfer. Die größere Kraft des Ungarn Barothy trug im Kampf gegen den Bayern Sachs den Sieg davon, der durch Eindrücken der Brücke auf beide Schultern mußte. Dienstag kamen Schachschneider-Berlin und der Holländer van Riel zu keinem Ergebnis, ebenso Prochaska gegen H. Kawan-Wien. Der Pole Sztekker konnte wieder einen schnellen Sieg davontragen, der Mannheimer von Berg mußte schon nach 1½ Minuten zu Boden, ebenso riß Steinke-Stettin den guten Blahowetz nach 8 Minuten mit einem Doppelarmzug zu Boden. Der sehr gewandte Thüringer Opitz fiel einem Untergriff des Neuköllner Gocksch zum Opfer. Ringzeit 13 Minuten. Der erste Entscheidungskampf im Weltstreit wurde von dem Ungarn Barothy und dem Schweizer G. Grüneisen ausgetragen. Der Ungar erwies sich als der stärkere, dafür war der Schweizer gewandter. 56 Minuten lang wechselte das Kampfglück, bis es dem Schweizer gelang, mit schnellem Ueberwurf seinen überraschten Gegner auf den Boden zu fesseln.

Rennen zu Karlshorst am Mittwoch, dem 14. September.

1. Rennen. 1. Mumpitz (Balcke), 2. Alarid (Schreier), 3. Bezna (Bastel). Toto: 29 : 10. Platz: 16, 17, 39 : 10. Ferner liefen: Wolkenschieber, Treuherz, Sonnenkönig, Marketenderin, Dulion, Famos, Humor, Schaumschläger.

2. Rennen. 1. Lebensmut (Kohl), 2. Gezireh (Walter Heuer), 3. Karo-Dame (Schuller). Toto: 116 : 10. Platz: 29, 15, 36 : 10. Ferner liefen: Norge, Hermal, Friemersheim, Treu und Glauben, Black Velvet, Brünne, Rakete, Erlkönig II, Rhein und Ruhr, Zamzza, Orator, Svanabid, Durst.

3. Rennen. 1. Otavi (v. Borcke), 2. Fuchsie (v. Moreau), 3. Niederwald (Leutn. v. Göz). Toto: 50 : 10. Platz: 24, 32 : 10. Ferner liefen: Alleluia, Marc Anton, Philister.

4. Rennen. 1. Prospero (Moritz), 2. Brandmeister (Lüder) 3. Opponent (Schuller). Toto: 24 : 10. Platz: 16, 52, 35 : 10. Ferner liefen: Carl Ferdinand, Pommer, Hochstapler, Merkur II, König Lear.

5. Rennen. 1. Kiferiki II (Bismark), 2. Lichtstrahl II (Kränzlein), 3. Frintrop (Hauser). Toto: 22 : 10. Platz: 16, 17 : 10. Ferner liefen: Opar, Diocletian, Farren.

6. Rennen. 1. Lichtung (Wolff), 2. Rose Marie (Hauser), 3. Schwalbrich (Kohl). Toto: 36 : 10. Platz: 15, 17, 15 : 10. Ferner liefen: Escorial, Chalzit, Rapier, Georgritter, Anika, Catania, Hünenberg, Kemal, Hardinge, Minenhof.

7. Rennen. 1. Abteilung. 1. Rückgrat (Bartels), 2. Wald (Leutn. Momm), 3. Favoritin (Leutn. v. Göz). Toto: 105 : 10. Platz 23, 16, 17 : 10. Ferner liefen: Rücksicht, Werben, Lucrezia, Narrenzelt, Pharisäer. — 2. Abteilung. 1. Tannkönig (Walter), 2. Ignatia (v. Keller), 3. Grosa (v. Metzsch). Toto: 178 : 10. Platz: 15, 11, 14 : 10. Ferner liefen: Trier, Räuberhauptmann, Prinzeß Frohsinn, Dan, Kriegsgewinnler, Alamund.

„Goldpokal von Berlin" auf der Olympia-Radrennbahn. Die Radrennen auf der Olympia-Radrennbahn werden am kommenden Sonntag im Zeichen fesselnder Kämpfe der Sturzlappenfahrer und der Matadore der Landstraße stehen. Die erste Austragung des neuen klassischen Steher-Wettbewerbs führt in drei Läufen über insgesamt 100 Kilometer und gelangt in zwei 30-Kilometer-Läufen und einem 40-Kilometer-Lauf zur Durchführung. Linart, Sawall, Möller, Maronnier und Wonsdau werden am Start erscheinen! Die Fliegerrennen sollen den bekanntesten Berliner Berufsstraßenfahrern Gelegenheit geben, sich einmal vor einem großen Publikum auf der Rennbahn zu zeigen. Verpflichtet wurden: Kroll, Tietz, Huschke, Miethe, Koch, Passenheim, Dorn und Nickel, die sich in je einem Nafahren, Punktefahren und Verfolgungsrennen messen werden. Rennbeginn 3 Uhr.

18 Mark original englischer Herren Stoff
Koch u. Seeland
Gertraudtenstr. 20/21 gegenüb. Petrikirche

Sonntag, 18. Sept., vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus

Jugendweihe der Groß-Berliner Arbeiterschaft

Mitwirkende: **Der junge Chor**, Leitung Heinz Tiessen; **Cello-Trio**: Armin Liebermann, Fritz Hoppe, Karl Lenzewski; **Weiherede**: Dr. Richard Lohmann; **An der Orgel**: Willi Jaeger; **Der Sprechchor der Proletarischen Feierstunde**, Leitung Albert Florath und Einzelsprecher Heinrich Witte.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Achtung, Stadtverordnetenfraktion!

Heute, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr (pünktlich), wichtige Fraktionssitzung im Zimmer 55 des Rathauses.

9. Kreis Wilmersdorf. Freie Schulgemeinde: Freitag, 16. September, 20 Uhr, **große öffentliche Elternversammlung** in der Hindenburg-Schule, Seepark. Thema: „Die neuen Schulen in Wilmersdorf." Referent: Rektor Max Kreuziger.

13. Kreis Tempelhof. Die Abfahrt nach Nauen zur Besichtigung der Großfunkstation findet am Sonntag, 18. September, statt. Abfahrt vom Lehrter Bahnhof 9.20 Uhr. Treffpunkt vor dem Vorortbahnhof um 9 Uhr.

Heute, Donnerstag, 15. September.

97. Abt. Neukölln. 19½ Uhr Abteilungsversammlung im Lokal Rudolph, Hermannstr. 156, Ecke Knesebeckstraße. Vortrag: „Der Reichsschulgesetzentwurf." Referent Wilhelm Miethke. Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Morgen, Freitag, 16. September.

123. Abt. Kaulsdorf. 20 Uhr bei Hübner wichtige Funktionärsitzung.

Abt. 123a Kaulsdorf-Süd. Die Mitgliederversammlung findet diesmal schon am Freitag, 16. September, 20 Uhr, im Lokal Sanssouci, Mollestraße, statt. Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen wird erwartet.

124. Abt. Mahlsdorf. 20 Uhr im Lokal Dietz, Uhlandstr. 18, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der Reichsschulgesetzentwurf." Referent Lehrer Richard Schröter. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Gäste willkommen.

SPD.-Fraktion der Berliner Stadtbank und Sparkasse. Morgen, Freitag, 16. September, 16½ Uhr, im Lokal Kulmbacher Bräu, Breite Straße 22, Fraktionssitzung. Restloses Erscheinen dringend erwünscht. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Leßner.

129. Abt. Tegel. Bezirk Freie Schule: Sonnabend, 17. September, 20 Uhr, im Schollenkrug. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Der Reichsschulgesetzentwurf und Konkordat." 2. Verschiedenes. Alle Mitglieder werden um ihr Erscheinen gebeten.

Frauenveranstaltungen.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. Heute, Donnerstag, 15. September, 20 Uhr, in der Baracke Lindauer Straße, Frauenabend.

7. Abt. Freitag, 16. September, 20 Uhr, in Cornis Festsälen, Gartenstr. 6, Vortrag: „Euthanasie und Todesstrafe." Referent Dr. Max Schütte. Bericht vom Wochenendkursus in Gohrisch. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

101. Abt. Treptow. Freitag, 16. September, 15 Uhr, Kaffeekochen bei Nitschke, Am Treptower Park. Mitwirkung der SAJ. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Gäste willkommen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

3. Kreis Wedding. Die Sitzung findet heute, Donnerstag, umständehalber **nicht** statt.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Heute, Donnerstag, 15. September, 19 Uhr, Danziger Str. 64, Versammlung aller Helferinnen und Helfer, Fürsorger und Wohlfahrtspfleger. Vortrag: „Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz." Referent Georg Reich.

5. Kreis Friedrichshain. Heute, Donnerstag, 15. September, 15 Uhr, Heimbesichtigung in der Laskerstraße. Treffpunkt Lasker-, Ecke Rochowstraße.

Jungsozialisten.

Achtung, Groß-Berlin! Die Gruppenleiter, die noch keine Monatsprogramme für Oktober eingesandt haben, werden gebeten, diese bis spätestens 16. September bei dem Genossen Jüngelmann, Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 8, einzusenden. — **Abfahrt nach Lübbenau** zur Gaukonferenz der Jungsozialisten in Doblitz Sonnabend, 17. September. Die Abfahrt ist vom Görlitzer Bahnhof: 12.47 (Px.), 14.55 (Px.), 17.50 (Px.), 18.28 (BPx.) bis Lübbenau; von dort noch 20 Minuten bis zur Jugendherberge Doblitz. — **Gruppe Neukölln:** Der Gruppenabend fällt heute aus. Wir beteiligen uns geschlossen an der Gaukonferenz in der Jugendherberge Doblitz. — **Gruppe Mitte:** Heute, Donnerstag, 20 Uhr, in der Schule Gipsstr. 23, Vortrag: „Frauenprobleme." Referentin Anna Hartoch). Der Gruppenabend am Freitag fällt aus. — **Gruppe Prenzlauer Berg:** Der Gruppenabend fällt heute aus, dafür Beteiligung an der Versammlung der SAJ. im Altersheim Danziger Str. 62. Vortrag: „Der Reichsschulgesetzentwurf." Wir bitten alle Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Neukölln: Freitag, 16. September, 19½ Uhr, Helferversammlung in der Baracke Ganghoferstraße. Aussprache über das Zeltlager.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Genossinnen und Genossen, die zur Jugendweihe am 18. September im Schauspielhaus tätig sein wollen, treffen sich Sonntag 9 Uhr am Schauspielhaus, Bühneneingang.

Die Mitglieder des Jugendherbergsverbandes im Bezirk Kreuzberg besuchen vollzählig die Ortsgruppengründungsversammlung am Montag, 19. September, 18½ Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Yorckstr. 11.

Probe für die Aufführung des „Sommernachtstraum" Sonnabend, 17. September, pünktlich 19 Uhr, im Gesangssaal der Schule Kochstr. 13.

Heute, Donnerstag, 15. September, 19½ Uhr.

Schönhauser Vorstadt: Der Gruppenabend fällt aus. Dafür Beteiligung an der Kundgebung des Werbebezirks im Altersheim Danziger Str. 62. Treffpunkt 19 Uhr Bhf. Schönhauser Allee. — **Südwest:** Heim Lindenstr. 3. „Körperbildung — Rockkultur." — **Schöneberg** III: Heim Hauptstr. 15. „Revolutionäre Arbeiterdichtung." — **Steglitz** II: Heim Albrechtstr. 47 (Stadtpark). „Berliner Humor." — **Pankow-Süd:** Heim Kaiser-Friedrich-Str. 57—58. „Reichsschulgesetz."

Werbebezirk Neukölln: Probe für „Spielmanns Schuld" im Heim Kogelstraße 53. Erscheinen aller ist Pflicht.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Oeffentliche Kundgebung gegen das Reichsschulgesetz heute, Donnerstag, 19½ Uhr, im Altersheim Danziger Straße 62. — Sämtliche Gruppen des Werbebezirks müssen geschlossen erscheinen. Parteigenossen, Jungsozialisten und Helfer der Kinderfreunde sind herzlich eingeladen.

Werbebezirk Teltowkanal: Anmeldungen zum Wochenendkursus in Klein-Köris durch die Abteilungsleiter spätestens Freitag 19 Uhr beim Genossen Rehdorf, Steglitz, Schloßstr. 23. Treffen Sonnabend 17½ Uhr Bhf. Südende und 20½ Uhr Görlitzer Bahnhof.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Kühl, trübe und regnerisch. — **Für Deutschland:** Oestliche Hälfte zeitweise etwas aufklarend, aber kühl, westliche Hälfte kühl, trübe mit Regenfällen.

Gewinnauszug

5. Klasse 29. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

24. Ziehungstag — 13. September 1927

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 162817 260220
10 Gewinne zu 3000 M. 10043 22842 73447 160245 226296
14 Gewinne zu 2000 M. 14186 125806 178635 183404 218690 311548 320413
28 Gewinne zu 1000 M. 6610 42869 72027 132022 152906 178462 233142 243684 257686 268154 276582 315420 328458 328787
96 Gewinne zu 500 M. 24167 24570 26833 30768 36936 41982 44751 54406 55315 63555 72394 80792 82474 88648 96364 101055 107408 112362 118752 124501 127783 131153 155384 157855 160658 161972 162559 171464 193343 196005 196006 203374 208915 211573 229868 230043 233440 265436 276471 280423 282791 288006 293017 299398 317490 338656 348210 349798
200 Gewinne zu 300 M. 10421 11250 11812 26089 30668 32361 37660 38546 43248 45388 47173 50386 51528 53601 57174 59086 61254 70369 81989 95882 96441 98498 98651 99600 104542 107162 108518 109322 109807 110627 111524 112792 121447 123418 137619 137730 139061 143687 150094 153895 154173 154754 155857 156916 174794 174959 175150 175347 180341 180749 183229 190961 194577 200638 202622 202878 206809 207440 208664 211965 213882 216781 217331 224378 224704 230194 241634 246089 247996 248803 252417 253091 257101 257262 259071 261069 268102 268766 271250 273707 276322 280179 282919 286550 288563 289206 295552 296698 298609 300396 302245 302885 308493 308645 321989 327535 328038 333716 341173 348506

25. Ziehungstag — 14. September 1927

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 331349
6 Gewinne zu 5000 M. 68997 92261 100786
16 Gewinne zu 3000 M. 17451 76653 88442 97917 139628 181412 251606 293415
18 Gewinne zu 2000 M. 24848 134366 157280 163063 220231 244556 261092 264471 279417
14 Gewinne zu 1000 M. 7420 11553 83080 170286 225572 300181 332317
58 Gewinne zu 500 M. 14229 18449 36146 36257 79620 94675 109410 117032 117325 117378 132610 149257 169034 177531 181713 207623 228073 228754 252648 256137 270620 293860 296948 298328 299602 308613 332311 333204 336484
204 Gewinne zu 300 M. 11907 12353 18417 22393 23290 24800 26044 31097 33786 39780 45311 47714 48429 49447 52540 57314 62279 63434 63910 66735 67600 68172 68761 79327 80570 88761 97644 107038 112151 118214 122231 123369 126598 128480 130599 132448 137468 138041 138989 144060 144119 146751 152814 155507 158577 158590 162100 162931 163248 163742 166045 168323 173326 173728 175273 175724 177943 182376 184842 189609 193105 198349 201558 202107 202818 207319 209455 218766 225676 235404 240145 240162 243585 247038 252631 255300 256949 259456 267777 271913 274263 275207 285386 290113 296558 300131 300238 301118 304448 309579 309998 311664 316370 316764 321301 321796 326012 326919 330910 331356 332304 346629

Jeder zieht den Hut

vor der Hochpotenz in
Reichardt Sportkraft!
Die Energien dieser Kraftkost verjüngen alle Aufbaudrüsen, bilden wie Fleisch nur Blut und Muskeln und sind wie die Rekorde von Sportgrößen beweisen
der elementare Kraftstrom für den Körper!

Verkäufe

Handwagen, Leiterwagen, Kastenwagen preiswert. Georg Wagner, Köpenickerstraße nur 71, Hof. Kein Laden, daher billigere Preise.

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 5-Mark-Wochenraten. Bloßk, Brunnenstraße 183, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw

Bettenverkauf! Neue 9.75! 15.—! Prachtwolle 22.50! 27.50! Bettwäsche! Steppdecken! Tülldecken! Inlets! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackenanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Baychanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6305.

Günstiger Pelzwarenverkauf. Große Passage, Laden Nr. 9, Friedrichstraße. Ueberbringer dieses erhält 20 Prozent.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Büfetts, Anrichten, Bücherschränke, Schreibtische, runde Tische, Eisenbahnen, Ankleideschränke aller Größen, Sofas, Ruhebetten, Kulante Zahlungsweise. Besichtigung erbeten. Moebel-Boebel, Moritzplatz, Fabrikgebäude.

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Zweiundfünfzig Anrichteküchen, Besenschränke, Abwaschtische. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Ankleideschränke 80,—, Waschtoilette-Spiegel 65,—, englische Bettstellen 35,—, Plüschsofas 35,—, Schreibtische 50,—, Anrichteküche 80,—. Gellin, Gartenstraße 26.

Möbel-Schrager. Acht Ausnahmetage. Preise bedeutend herabgesetzt. Ankleideschränke 48,—, Ankleideschränke mit Spiegel und Wäscheeinrichtung nur 85,—, Schlafzimmer, Speisezimmer, Nußbaumbüfetts, Küchen, sämtliche Einzelmöbel. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Darum eile sofort zu Möbel-Schrager, Kastanienallee 45—49.

Musikinstrumente

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlichem Tonfülle. Langjähriger Garantieschein, kleine Ratenzahlung. Herez, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 55.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Rohgummiabfälle. Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christlomat, Köpenickerstraße 39 (Adalbertstraße).

Unterricht

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister, Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Schnellkurse, Englisch, Französisch, Deutsch, Korrespondenz, Auslandsstudium. Urbanstraße 176.

Privatzirkel, Einzelunterricht, Kurzschrift, Maschineschreiben, Buchführung. Büchrevisor Aulich, Sendelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, Untersuchung (diskret). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 131, rechter Vorderaufgang 1 Treppe. Rühe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Vermietungen

Zimmer

Leerzimmer, Kochstuben, Portierstellen, mit entl. ohne Tausch, vermietet Schäfers, Buchholzerstraße 4.

Zum 1. Oktober möbliertes Zimmer für Herrn. Salge, N. 39, Liesenstraße 10, vorn 11 links.

Mietgesuche

Portierstellen, mit und ohne Tausch, Leerzimmer, Leerläden, sucht Jarschke, Buchholzerstraße 4.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Lehrling mit guten Schulkenntnissen suchen wir für unsere Geschäftsbücher- und Bureaubedarfs-Engrosabteilung per 1. Oktober 1927. Gebr. Scherk G. m. b. H., SO. 16, Köpenicker Straße 108.

Anreiber

gesucht von einer großen Druckfarbenfabrik für ihre Berliner Niederlassung.
Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Gehaltsansprüche und Referenzen erbeten unter O P. 459 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W 8.

Leitspindeldreher f. Luckenwalde ges. Stellung dauernd und gut bezahlt. A. Benecke & Co.

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

Tüchtg. Bundgußformer
finden dauernde Beschäftigung.
Hamburger Metall- u. Kunstgießerei Heinrich Hein vorm. Russig & Co. Hamburg, Neustädter Str. 27-29.